

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

32 (7.2.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 23. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM. zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Preis Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Donnerstag, den 7. Februar 1952

Nr. 32

König Georg VI. überraschend gestorben

Im Bett tot aufgefunden — Große Bestürzung in aller Welt — Elizabeth wird zur Königin proklamiert

London (UP). König Georg VI. von Großbritannien ist in der Nacht auf Mittwoch unerwartet im Schloß Sandringham gestorben. Er war 56 Jahre alt. Seine älteste Tochter, die 25jährige Prinzessin Elizabeth, wurde dadurch Königin des britischen Reiches.

Als König Georg starb, befand sich Prinzessin Elizabeth mit ihrem Mann, dem Herzog von Edinburgh, in Britisch-Ostafrika; sie sagte sofort ihre geplante Weiterreise nach Australien ab und trat auf dem schnellsten Wege den Rückflug nach London an. Dort wird sie am Freitag vor den Kronrat (Privy Council) treten, um ihre Proklamation zur Königin zu unterzeichnen sowie den Eid als Haupt der Kirche von Schottland abzulegen. Die feierliche Krönung findet wahrscheinlich erst in einigen Monaten statt. Die Proklamation hat folgenden Wortlaut: „Da es unserem Herrn, dem allmächtigen Gott, gefallen hat, König Georg VI. zu sich zu rufen, ist durch seinen Heimgang die Krone Großbritanniens ausschließlich und rechtmäßig an die hohe und mächtige Elizabeth gefallen, die wir daher einstimmig zu unserem gesetzmäßigen Souverän und zum Verteidiger des Glaubens proklamieren, dem wir ständigen Gehorsam geloben.“

Der Tod des Königs wurde zuerst von seinem Kammerdiener festgestellt, der gegen 7.30 Uhr sein Schlafzimmer betrat und ihn leblos im Bett fand. Der rasch herbeigerufene Leibarzt konnte nur noch bestätigen, daß der König nicht mehr am Leben war. Der Herzog von Sandringham noch in der Umgebung von Sandringham auf die Jagd gegangen und hatte sich am Abend ohne merkbare Verschlechterung seines Gesundheitszustandes, der allerdings seit seiner Lungenoperation am 23. September vorigen Jahres sehr geschwächt war, zu Bett begeben.

König Georg wird in London in der Westminster Hall aufgebahrt, wo am flaggenbesetzten Katafalk Angehörige der königlichen Garde die Totenwache halten werden. Viele tausend Menschen aller Stände und aus allen Teilen des Commonwealth und der übrigen Welt werden in Westminster dem verstorbenen König die letzte Ehre erweisen. Seine Beisetzung findet erst in der übernächsten Woche statt.

Der Herzog von Windsor reist am Donnerstag am Bord der „Queen Mary“ von New York nach London ab. Die Herzogin von Kent, eine Schwägerin des verstorbenen Königs, brach ihren Ferienaufenthalt in München ab und fuhr sofort nach England zurück.

Die Nachricht von seinem Tode hat das britische Volk schmerzlich und völlig unerwartet getroffen. Vor dem Buckingham-Palast sammelte sich eine große Menschenmenge, die in ratlosem Schweigen auf die Bekanntgabe von Einzelheiten wartete. Die eigentliche Todesursache wird aber, wenn überhaupt, erst nach sehr langer Zeit veröffentlicht werden.

Zum Zeichen der Trauer wurden alle Gerichte und Börsen geschlossen. Auf allen Amtsgebäuden und Schiffen wurden die Flaggen auf halbmast gesetzt.

Um die Mittagszeit trat das Kabinett zu einer Sondersitzung zusammen. Am Nachmittag unterrichtete Premierminister Churchill das Unterhaus vom Tod des Königs. Auch der Oppositionsführer Attlee und der Vorsitzende der Liberalen, Davies, hielten Beileidsansprachen. Die außenpolitische Debatte des Unterhauses fiel aus. Statt dessen leistete das Parlament der neuen Königin den Treueid.

Bonnens Anteilnahme

In der ganzen Welt hat der Tod Georg VI. Bestürzung und Mitgefühl ausgelöst. Die Staatsoberhäupter sandten der königlichen

Familie Kondolenztelegramme, und die diplomatischen Vertreter in London, darunter auch der deutsche Geschäftsträger, Dr. Schlange-Schöningen, trugen sich in die Kondolenzliste im Buckingham-Palast ein.

In Bonn wurden die Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden auf halbmast gesetzt, und ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte, daß Deutschland das Hinscheiden des Königs tief bedauere. Bundespräsident Heuss sandte ein Telegramm an Königinwitwe Elizabeth, Bundeskanzler Dr. Adenauer eines an Premierminister Churchill und in seiner Eigenschaft als Minister für Auswärtiges an den britischen Außenminister Eden. Im Bundestag sprach Bundestagspräsident Dr. Ehlers die Anteilnahme der deutschen Volkvertreter aus. Alle Abgeordneten erhoben sich zu Ehren des Toten von ihren Plätzen.

Englands fünfte regierende Königin

Der Lebensweg der jungen Herrscherin — Herzog von Edinburgh wird Prinzgemahl

London (UP). Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es jetzt in England gleichzeitig drei Königinnen. Obwohl alle lediglich den Titel „Königin“ führen, ist anzunehmen, daß die 84jährige Mutter Georgs VI. künftig als „Königinmutter“ und die bisherige Königin Elizabeth als „Königinwitwe“ bezeichnet werden.

Prinzessin Elizabeth war eben noch eine junge Frau, die zwar schon viele offizielle Pflichten auf sich nehmen mußte, aber doch noch oft Zeit für ihren Mann und ihre beiden kleinen Kinder hatte. Jetzt ist sie Ihre Majestät Elizabeth II., von Gottes Gnaden Königin von Großbritannien, Irland und den britischen Dominions jenseits der Meere, die nach London reist, um das Erbe des Empire anzutreten. Die jetzt 25jährige Königin wurde am 21. April 1926 in London geboren. Kaum jemand kam damals auf den Gedanken, daß sie einmal Herrscherin werden würde, denn ihr Vater, der damalige Herzog von York, war nur der jüngere Bruder des Thronfolgers. Erst als Eduard VIII. um einer Frau willen abdankte, wurde die kleine Prinzessin Elizabeth Alexandra Maria in die unmittelbare Linie der Thronfolge gerückt.

Ihre Erziehung war zwar sorgfältig, unterschied sich aber wenig von der anderer Mädchen aus den „höheren Ständen“. Sie wurde erwischt, wie sie marmeladen-beschmierten Gesichtes aus der Küche huschte, und bekam darauf von ihrem Papa Prügel, sie lernte Klavierspielen und Französisch, sie sträubte sich heftig, als man ihr Deutsch beibringen wollte, sie war in Mathematik alles andere als ein Genie und ärgerte sich über den systematischen und ausführlichen Unterricht in Geographie, der ihr als künftiger Königin zuteil wurde.

Sie mußte lernen, Ansprachen an Garderegimenten und Kunstvereine zu halten, mit indischen Potentaten, Fischweibern aus C.-Insby und Häuptlingen aus dem Innern Afrikas Konversation zu treiben. Und die komplizierten Regeln der Hofetikette mußte sie bis ins letzte beherrschen.

Natürlich ging sie auch mit jungen Leuten aus — aber eigentlich wohl fühlte sie sich nur mit dem Marineleutnant Mounbatten aus dem griechischen Königshaus. Er war char-



Elizabeth II. von England wurde britische Königin

mant, intelligent und selbstsicher. Am 9. Juli 1947, als Elizabeth aus Südafrika zurückkehrte, gab der König „mit größter Freude“ ihre Verlobung bekannt. Am 20. November desselben Jahres heirateten sie in der Westminster-Abt. Der König erhob seinen Schwiegersohn zum Herzog von Edinburgh.

Am 14. November 1948 wurde der Thronfolger Prinz Charles geboren. Als zweites Kind kam am 15. August 1950 Prinzessin Elizabeth zur Welt.

Elizabeth II. ist die fünfte Königin auf Englands Thron. Zwei von ihnen, Elizabeth I. und Viktoria, waren so bedeutende Herrscherinnen, daß ganze Perioden der englischen Geschichte nach ihnen benannt wurden. Der Herzog von Edinburgh wird jetzt Prinzgemahl, wie es Prinz Albert von Sachsen-Coburg-Gotha an der Seite der Königin Viktoria war. Der jetzt dreijährige Prinz Charles wird in einigen Jahren in feierlicher Zeremonie zum Prinzen von Wales erhoben.

Holland will Urteile revidieren

Hannover (UP). Die Bildung einer gemischten deutsch-holländischen Kommission zur Überprüfung der Urteile von 50 in Holland noch inhaftierten Deutschen ist von Mitgliedern des Außenamtes der niederländischen Regierung bei einem Besuch des niederländischen Sozialministers, Pastor Albert, in den Haag angeregt worden. Minister Albert hat diese Anregung an die Bundesregierung weitergegeben. Auf Grund der ihm in den Haag gegebenen Zusicherungen ist er, wie er vor der Presse mitteilte, überzeugt, daß es in Kürze zu einer Korrektur von Urteilen kommen könnte. In Holland sei man der Ansicht, daß eine solche Kommission viele um diese Urteile entstandenen Mißverständnisse aufklären könnte.

Vorbild der Treue und Pflichterfüllung

Der König wider Willen — Aber ein vortrefflicher Monarch

London (UP). „Der König ist tot, es lebe die Königin!“ Georg VI., der nur widerwillig den Thron der größten Monarchie der Erde bestieg, um dann das Oberhaupt des britischen Reiches in seiner schwersten Stunde zu sein, hat die Krone abgelegt, die ihm stets als Last erschien und ihn manchmal zu erdrücken drohte.

Als zweiter Sohn König Georgs V. wurde er am 14. Dezember 1895 in York Cottage, Sandringham, geboren. Er erhielt die Namen Albert Frederick Arthur George. Seine Mutter war Queen Mary, eine geborene Herzogin von Teck. Als jüngerer Sohn erhielt er keine so sorgfältige staatsmännliche Ausbildung wie der Thronfolger, der Prince of Wales, in dessen Schatten er viele Jahre lebte. Georg wurde zunächst von Privatlehrern unterrichtet und besuchte dann das Balliol College in Oxford. Nach Abschluß seiner Studien absolvierte er die Ausbildung eines Seeoffiziers, als der er u. a. an der Schlacht im Skagerrak teilnahm.

Im Jahr 1920 erhob der König ihn zum Herzog von York. Bei einem Aufenthalt in Schottland besuchte er den Earl of Strathmore auf Schloß Glamis und verliebte sich in dessen Tochter Elizabeth, die er am 26. April 1923 heiratete. Im nächsten Jahr schickte der König das junge Paar auf eine Reise nach Ostafrika, Neuseeland und Australien. 1926 wurde ihr erstes Kind geboren, Prinzessin Elizabeth Alexandra Mary, die jetzt als Königin den englischen Thron bestiegt. Vier Jahre später kam Prinzessin Margaret zur Welt.

Der Herzog von York war in der englischen Öffentlichkeit zwar geschätzt und angesehen, doch nie so stürmisch beliebt wie sein Bruder Eduard, mit seinem großen persönlichen Charme, seiner Fröhlichkeit, Aktivität und blühenden Gesundheit. Als Georg V. starb bestieg dieser als Eduard VIII. den englischen Thron, doch nur für 325 Tage. Als der Kün-

ig die unabänderliche Absicht äußerte, die geschiedene Amerikanerin Wallis Warfield zu heiraten, mußte er abdanken.

So wurde der Herzog von York König wider Willen. Er fühlte sich für dieses Amt nicht berufen, er kannte seine Grenzen, und er wußte genau, daß er nie Aussicht haben würde, die gleiche Beliebtheit wie sein Bruder zu erringen. Doch sein stärkster Impuls war das Pflichtgefühl. Am 12. Mai 1937 wurde er gekrönt. Zum wirklichen König seines Volkes wurde er aber erst im Kriege. Einen großen politischen Einfluß vermochte er zwar nicht geltend zu machen, desto mehr wirkte er aber im privaten Kreise und durch den Eindruck seiner lautereren und pflichterfüllten Persönlichkeit. Standhaft weigerte er sich, London selbst während der deutschen Luftangriffe zu verlassen. Dreimal reiste der König während des Krieges an die Front. Im August 1945 traf er in Plymouth mit Präsident Truman zusammen, der von der Potsdamer Konferenz nach Hause reiste.

Anfang 1947 besuchte die königliche Familie das Dominion Südafrika. Im gleichen Jahr wurde Indien selbständig und Georg VI. verlor damit den indischen Kaisertitel. Bis dahin hatte Georg sich bei verhältnismäßig guter Gesundheit befunden — doch Ende November wurde bekannt, daß er an einer Kreislaufstörung im rechten Bein leide. Mitte März wurde er operiert und erholte sich überraschend schnell. Im Mai 1951 machte sich zum ersten Mal die Lungenkrankheit bemerkbar, der er schließlich zum Opfer fiel, obwohl er sich im September einer Lungenoperation unterzog.

König Georg VI. war nicht nur eine Persönlichkeit, die um ihrer selbst willen in allen Staaten geschätzt wurde, er war auch ein Symbol jener Zuverlässigkeit und Beständigkeit, die in der heutigen Zeit fast als Legende erscheinen.

Drei Monate UN-Arbeit

Die Bilanz lehrreicher Experimente in Paris

Die sechste Generalversammlung der Vereinten Nationen, die nach dreimonatiger Arbeit verlagert wurde, wird in der Geschichte der Weltorganisation wohl kaum einen hervorragenden Platz einnehmen. Was geleistet wurde, war fast ausschließlich Routinearbeit, verbrämt durch die monotonen gegenseitigen Anschuldigungen der Großmächte.

Nur eine einzige Tat der sechsten Generalversammlung fand allgemeinen Beifall: der Beschluß, eine Abrüstungskommission zu bilden. Diese Entscheidung war außerdem seit langem die erste, die von der Versammlung einstimmig gefaßt wurde — und das, obwohl Ost und West unter Abrüstung zweierlei verstehen. Kaum einer der Delegierten wagt allerdings, Voraussagen über Erfolg oder Mißerfolg der künftigen Arbeit dieser Kommission zu machen.

Daneben hat sich während der Sitzungsperiode dieser Generalversammlung eine Entwicklung angebahnt, die bei allen politischen Beobachtern großes Interesse hervorgerufen hat: es ist die immer stärker werdende Tendenz der sogenannten kleinen Staaten, sich aus den Prestige- und Machtkämpfen der Großmächte herauszuhalten und „unabhängig“ vorzugehen. Diese Tendenz fand darin ihren sichtbaren Niederschlag, daß bei vielen Abstimmungen — vorwiegend solchen, wo es wirklich um Prestige-Rücksichten der Großmächte ging — die Zahl der Stimmenthaltungen überraschend groß war. Mehrfach wurden auch zum Beispiel die USA bei Abstimmungen von vielen solchen Ländern im Stich gelassen, aus deren Gefolgschaft sie bisher stets zählen konnten.

Unter diesen „Unabhängigen“ lassen sich wiederum zwei Gruppen unterscheiden: einmal die sogenannten arabisch-asiatischen Länder, also die mohammedanischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, zu denen sich oft auch Indien, Burma, die Philippinen, Abessinien und Liberia gesellen, und zum andern die lateinamerikanischen Staaten. Keine dieser Gruppen brachen sie auch auseinander, und ihre „Mitgliederszahl“ ist nicht genau abgegrenzt. Immerhin sind es aber weitpolitische „Fraktionen“, die mehr und mehr an Bedeutung gewinnen, sich gleichzeitig dieser Tatsache bewußt werden und dabei immer stärkere Unabhängigkeitsbestrebungen entwickeln.

Der Einfluß dieser „Unabhängigen“ wurde bei vielen Gelegenheiten deutlich: die USA hatten keine Lust, gerade jetzt mit der Sowjetunion über die Abrüstung zu verhandeln, sie wurden aber von den kleinen Nationen dazu gezwungen. Im Ausschuß brachte der arabische Block einen Antrag durch, der die Haltung der USA, Frankreichs und der Türkei in der Palästinafrage kritisierte. Die Lateinamerikaner erzwangen gegen den Widerstand der USA die Annahme eines Antrags, wonach ein neues internationales Kreditinstitut für die Förderung wirtschaftlich rückständiger Gebiete gebildet werden soll. Bei der Behandlung der Aufnahmeanträge standen Großbritannien und Frankreich in Opposition zu den USA. Ähnlich war es bei den Neuwahlen für den Sicherheitsrat, wo auch die Lateinamerikaner den USA die Stirn boten.

Noch kurz vor der Vertagung mußten die USA eine Niederlage hinnehmen. Zwar stimmten die „Unabhängigen“ mit den Westmächten für eine Verschiebung der geplanten Korea-Debatte, wenige Minuten vorher stellten sie sich aber auf die Seite der Sowjetunion und erreichten so trotz des Einspruchs der Westmächte die Annahme einer sowjetischen Resolution, wonach alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung haben sollen.

Diese Unabhängigkeitsbestrebungen der kleinen Nationen werden von politischen Beobachtern sehr unterschiedlich kommentiert. „Die freie Welt hat gegenüber dem Kommunismus und der Sowjetunion eine bemerkenswerte Einigkeit gezeigt“, meinte der amerikanische Delegierte Ernest A. Gross, fuhr aber dann fort: „Jedoch gibt es auch innerhalb der freien Welt viele Meinungsverschiedenheiten und Konflikte. Das ist eine Tatsache, die wir in Zukunft sehr sorgfältig beobachten müssen.“

Der norwegische Delegierte Finn Moe, Vorsitzender des Politischen Ausschusses, meinte dagegen am Montag in einem UP-Interview, das selbständige Vorgehen der kleinen Nationen sei nicht unbedingt abzulehnen. Im Interesse einer wirklich fruchtbaren Arbeit sei es nur zu begrüßen, wenn der „Automatismus“ in den UN ausgemerzt werde. Zudem werde auf diese Weise die sowjetische Beschuldigung widerlegt, daß die USA stets mit einer „automatischen Mehrheit“ rechnen könnten.

Zu den „Kleinen“ zählte bei der sechsten Generalversammlung gewissermaßen auch Deutschland, das zum erstenmal seit Gründung dieser Weltorganisation bei ihr offiziell in Erscheinung treten durfte. Auf Antrag der Bonner Bundesregierung, übermittelte durch die Delegierten der Westmächte, befaßten sich die UN mit den Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands. Zwar sind sie für dieses Problem nicht gerade die zuständige Instanz — worauf hinzuweisen man in Pankow und Moskau nicht vergaß — aber man sollte ihnen doch die Objektivität vertrauen dürfen, in einer weltpolitisch so wichtigen An-

gelegenheit doch wenigstens eine Prüfungs- funktion zu übernehmen.

In der Tat kam auch nach langen Debatten der Beschluß zustande, eine Kommission einzusetzen, die bis zum Herbst dieses Jahres ermitteln soll, ob in West- und Ostdeutschland die Voraussetzungen für gesamtdeutsche freie Wahlen gegeben sind, bzw. unter welchen Bedingungen diese durchgeführt werden könnten.

Auch für uns Deutsche hat also die sechste UN-Generalversammlung nicht viel Positives gebracht. Aber immerhin war es doch vielleicht wenigstens ein kleiner Prestigeerfolg der Bundesrepublik, daß ihre Vertreter überhaupt den Zugang zu diesem Gremium der vereinten, aber so uneinigen Nationen fanden.

Rademacher und das „Wannsee-Protokoll“

Vernehmung des Legationsrats a. D. beendet Nürnberg (UP). Das Schwurgericht Nürnberg schloß die dreitägige Vernehmung des Legationsrats a. D. Franz Rademacher ab. Rademacher ist angeklagt, durch seine Tätigkeit in der Judenabteilung des Berliner Auswärtigen Amtes bei der Erschießung von 1500 serbischen Juden und der Verschickung von mindestens 100 000 Juden nach dem Osten mitgewirkt zu haben.

Eine lange Debatte entspann sich um das „Wannsee-Protokoll“ vom 20. Januar 1942, das die Evakuierung von rund 11 Millionen Juden in den Osten vorsah, die dort vor allem im Straßenbau verwendet werden sollten.

UN sollen mit Rotchina verhandeln Vollsetzung der Waffenstillstandskonferenz Seoul (UP). Die kommunistischen Delegierten schlugen auf der Vollsetzung der Waffenstillstandskonferenz in Pan Mun Jon Beratungen vor, um nach Abschluß des Waffenstillstandes eine friedliche Lösung des ganzen Problems zu erreichen.

Wenig Aussicht auf Lösung für Tunis Tunis (UP). Jean de Hauteclocque, der französische Generalresident in Tunesien, ist nach Paris abgeflogen, um mit leitenden französischen Regierungsbeamten über die Sicherung von Ruhe und Ordnung im französischen Protektorat Tunesien zu konferieren.

Fünftes Veto gegen Aufnahme Italiens Paris (UP). Die Sowjetunion hat im Weltfriedensrat zum fünften Mal gegen die Aufnahme Italiens ihr Veto eingelegt. Zehn Ratsmitglieder stimmten für die Aufnahme.

Gesamtdeutsches Wahlgesetz gebilligt

In abgeänderter Form - Der Kanzler appelliert an die Ostzone

Bonn (UP). Mit großer Mehrheit billigte der Bundestag die von der Bundesregierung vorgelegte überarbeitete Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen. Die Abgeordneten der Föderalistischen Union (Zentrum, Bayernpartei) und die Kommunisten stimmten gegen den Entwurf, die CDU-Abgeordneten enthielten sich der Stimme.

Vor der Abstimmung erstattete der Bundeskanzler in Beantwortung einer großen Anfrage der Regierungsparteien dem Hause Bericht über die Verhandlungen vor der Generalversammlung der UN in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands.

In einer Regierungserklärung zu dem Gesetzentwurf formulierte Bundesminister Jakob Kaiser sieben Grundsätze, die nach Auffassung der Bundesregierung in einer gesamtdeutschen Verfassung enthalten sein müßten.

Das deutsche Volk soll in freier, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl nach dem Verhältniswahlrecht eine Nationalversammlung wählen, sobald die Voraussetzungen für freie Wahlen auch in der Ostzone gegeben sind.

Die überarbeitete Vorlage des Wahlgesetzentwurfes enthält keinerlei Bindungen für die Nationalversammlung mehr. Auch das ursprünglich vorgeschlagene Mitspracherecht eines Länderaussschusses ist weggefallen.

Deutschlands dürfe in den Verträgen mit dem Westen nicht erschwert, sondern müsse erleichtert werden.

In der Debatte stimmte die SPD dem Entwurf zu, lehnte jedoch gesamtdeutsche Beratungen ab, obwohl man sich möglicherweise über technische Fragen mit Vertretern der Ostzone unterhalten könne.

40 Milliarden für Besatzungskosten

Alle Fraktionen wandten sich entschieden gegen die „Verschwendung von Besatzungsgeldern durch die Alliierten“. Das Haus beauftragte den Bundesfinanzminister, seine Denkschrift über Einsparungsmöglichkeiten im Besatzungshaushalt unverzüglich der Hochkommission zuzuleiten.

Der Bundestag verabschiedete ferner einstimmig ein Gesetz, nach dem Zuwendungen an betriebliche Pensionskassen, rechtsfähige Unterstützungskassen und sonstige Hilfskassen als Betriebsausgaben unter bestimmten Voraussetzungen abzugsfähig sind.

Die Aufhebung der Immunität des SPD-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Kurt Schumacher und des SPD-Abgeordneten Adolf Arndt lehnte der Bundestag ab, da die von der Bonner Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe der Hehlerei nur in politischem Zusammenhang gesehen werden könnten.

Beteiligung an Atlantikpakt-Konferenz

Militärische Garantie für Deutschland - Ein französischer Kompromißplan

Paris (UP). Die französische Regierung hat einen Kompromißplan zur Frage der Aufnahme der Bundesrepublik in die Nordatlantikpakt-Organisation ausgearbeitet, der auf der NATO-Konferenz in Lissabon beraten werden soll.

Die wesentlichen Punkte des französischen Plans sind: 1. Deutschland soll als Mitglied der europäischen Verteidigungsgemeinschaft bei gemeinsamen Konferenzen zwischen dem Atlantikpakt und dem Ministerrat der Europa-Armee-Organisation ein Mitspracherecht erhalten.

Auf Grund dieses Planes wäre also die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied der Europa-Armee auf jeder wichtigen Konferenz der NATO vertreten. Somit könnten auch keine bedeutsamen Entscheidungen über Deutschland ohne Zustimmung Bonns erfolgen.

In der Begründung ihres Plans erklärt die französische Regierung, daß die USA zuerst die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands angeschnitten hätten. Sie hätten sich zur Entsendung General Eisenhowsers und zur Verstärkung ihrer Streitkräfte in Europa nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß Frankreich einer Aufrüstung Deutschlands zustimmt.

In diesen Ausführungen erblicken neutrale Beobachter einen Versuch, die Nationalversammlung bei der Debatte über die Europa-Armee zur Annahme der Regierungsvorlage zu veranlassen und der Bundesrepublik auf halbem Wege entgegenzukommen.

Deutschland und die Nationalversammlung diesen Vorschlägen zustimmen sollten, könnte die Frage einer Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO später immer noch behandelt werden.

Achesons Meinung

Der amerikanische Außenminister Acheson teilte auf einer Pressekonferenz mit, Außenminister Eden habe ihn und seinen französischen Kollegen Schuman eingeladen, in der nächsten Woche nach London zu kommen, um über deutsche Fragen zu beraten.

„Europäisierung“ der Saar

Pariser „Anregung“ in Bonn - Carlo Schmid lehnt ab

Bonn (UP). Frankreich hat der Bundesrepublik nahegelegt, den Disput über das Saarland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß dieses Gebiet zu einem „europäischen Territorium“ gemacht werde.

Von französischer Seite wurde dabei kein schriftlicher Plan vorgelegt, aber verlangt, daß die Deutschen die Initiative ergreifen und ihrerseits die Europäisierung der Saar vorschlagen müßten.

fügte Acheson hinzu, seien alle miteinander verbunden und als Aspekte ein und desselben Problems zu betrachten.

Die Bevollmächtigten der zwölf Atlantikpakt-Staaten traten am Mittwoch in Paris zusammen, um mit der Ausarbeitung des endgültigen Berichtes über die Ziele der westlichen Verteidigung im Jahre 1952 zu beginnen.

Belgien unterstützt Bonn

Der belgische Außenminister van Zeeland bezeichnete eine Aufnahme Deutschlands in die NATO als beste Lösung des Problems der deutschen Beteiligung an einer „Europa-Armee“.

„Nur“ 12 Milliarden DM?

Der „Rat der Weisen“ scheint sich um einen Kompromiß bezüglich des finanziellen Verteidigungsbudgetes der Bundesrepublik zu bemühen.

Die Bundesminister Schäffer und Blücher gaben den Mitgliedern des Bundeskabinetts, den Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien und dem Fraktionsvorstand der SPD einen Überblick über ihre Verhandlungen mit dem NATO-Sonderausschuß in Paris.

Gründung einer Saar-CDU

Saarbrücken (UP). Ein Gründungskomitee von 17 bekannten Persönlichkeiten hat der Regierung des Saarlandes den Antrag auf Zulassung einer neuen Partei überreicht, die den Namen Christlich Demokratische Union des Saarlandes (CDU) erhalten sollte.

Deutsche Mount-Everest-Expedition

München (UP). Neun deutsche Wissenschaftler und Bergsteiger bereiten eine neue Himalaja-Expedition vor, deren Ziel die Erforschung des Südost-Teils des Mount-Everest-Massivs ist.

Aus der Stadt Ettlingen

Deutscher Mittelstandsblock für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe gegründet

Nachdem der Deutsche Mittelstandsblock vor mehreren Monaten auf der Bundesebene und vor einigen Wochen auf der Landesebene konstituiert wurde, wurde er in den letzten Tagen von den Kreisvertretern der vier Blockpartner (Handwerk, Haus- und Grundbesitz, Landwirtschaft, Hotel- und Gaststättengewerbe) nunmehr auch für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe ins Leben gerufen.

Der Deutsche Mittelstandsblock ist nach dem Willen seiner Gründer keine neue Partei. Er lehnt die Schaffung einer solchen ausdrücklich ab. Auch ist er parteipolitisch völlig neutral. Seine Aufgabe ist es, bei den Bundes-, Landes- und Kommunalparlamenten, bei allen Regierungsstellen und bei den Parteien für eine bessere Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange des Mittelstandes in Gesetzgebung und Verwaltung zu wirken.

Der Deutsche Mittelstandsblock - Kreisgruppe Karlsruhe - wird am Sonntag, den 2. März, mit einer Großkundgebung in der Stadthalle Karlsruhe an die Öffentlichkeit treten.

Handwerker-Freispredung

Der Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe nimmt am Sonntag, 10. Febr., vormittags 11 Uhr im Studentenhaus Karlsruhe, Parkring (Straßenbahnhaltestelle Durlacher Tor), die feierliche Freispredung der Jungmeister des Jahres 1951 vor. Verbunden mit dieser Feier ist die Ehrung der jungen Gesellen, die sich bei den Späthjahrgesellenprüfungen 1951 durch besondere Leistungen auszeichneten, durch den Leiter des Badischen Landesgewerbeamts Karlsruhe. Die Festansprache hält der Leiter der Landesbezirksdirektion für Wirtschaft, Ministerialrat Dr. Herbold.

Die Übertragung der Bundestagsdebatte

über den deutschen Wehrbeitrag, die heute vormittag mit der zweitstündigen Rede von Bundeskanzler Dr. Adenauer begann, wird heute nachmittag und morgen vom Süddeutschen Rundfunk fortgesetzt.

Halbmast geflaggt

haben die städtischen und staatlichen Gebäude aus Anlaß des Ablebens von König Georg VI. von England.

Wintersport-Sonderzüge an Werktagen

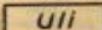
Das Skiparadies im Gaistal hat am letzten Sonntag eine Neuerung erhalten. Ein besonders fündiger Kopf konstruierte einen provisorischen Skilift, der sich zwar mit der Einrichtung auf dem Feldberg noch nicht messen kann, für die Skifahrer aber eine erfreuliche Erleichterung beim Aufstieg bietet. Zum ersten Mal ließen sich die Skifahrer am letzten Sonntag zum Wanderheim von dem neuen Skilift hinaufziehen.

Die Schneeverhältnisse sind für den Wintersport weiterhin außerordentlich günstig und werden wohl auch während des kommenden Wochenendes anhalten. Fast aus dem gesamten Nordschwarzwald werden heute morgen weitere Neuschneefälle gemeldet. Der Schneebericht von heute 7 Uhr meldet vom Dobel 62 cm Schneehöhe, davon 4 cm Neuschnee. Ski- und Rodelmöglichkeiten gut. Temperatur -3° C. Aus dem Gaistal werden 61 cm Schnee, davon 2 cm Neuschnee berichtet. Die Ski- und Rodelmöglichkeiten sind ebenfalls außerordentlich gut. Temperatur 1° C.

Die Albtalbahn fährt bei günstigen Schneeverhältnissen, die durch Aushängen gelber Fahnen an den Fahrkartenverkaufsstellen angezeigt werden, auch an Werktagen verbilligte Wintersportsonderzüge nach Herrenalb, die 7.29 und 10.26 Uhr ab Bahnhof Ettlingen-Stadt fahren.

Berichtigung

Frau Wilhelmine Kassel Wwe. (nicht Kand) feierte gestern ihren 75. Geburtstag.



„Angela“

Liebe zu Angela verfeindet zwei Brüder. Wem wird sie den Vorzug geben; dem Jüngeren, der seit Jahren um sie wirbt und der ihr den väterlichen Hof verspricht oder dem Älteren, der es in der Welt zu etwas gebracht hat und der in sein Heimatdorf zurückkehrt, um in der Nähe seines Elternhauses einen neuen großen Staudamm zu erbauen. Als die Pläne nahezu fertig sind, entdeckt der Ingenieur, daß die Quellen, die des väterlichen Hofes Brunnen speisen, ihr Wasser vom zukünftigen Staudamm erhalten. Dieses Wasser muß aber dem Staudamm erhalten bleiben und deshalb müßte der dreihundertjährige Hof der Technik weichen. In dem Ingenieur kämpfen zwei Welten gegeneinander: die Heimat und der Fortschritt. Er erkennt, daß er den Verlust seines väterlichen Hofes auf sich nehmen muß, um der Allgemeinheit zu dienen. Ganz anders verhält sich sein Bruder und sein Vater, die noch viel stärker an der Scholle hängen, die sie noch nie in ihrem Leben verlassen, als er, der schon weit in der Welt herum kam. Es kommt zum offenen Konflikt in der Familie, der mit einem Sprengstoffanschlag auf den Damm seinen Höhepunkt erreicht. Die Liebe der Mutter bringt es schließlich noch auf dem Sterbebett zuweg. Eine Versöhnung in der Familie herbeizuführen. Die Ull zeigen diesen Film nur noch heute.

Der Sündenfall in den Bolschewismus

Prof. Stepan sprach in der Volkshochschule über „Das Antlitz Rußlands“

Seit dem Vortrag über „Persönlichkeit und Gemeinschaft“, den Prof. Fedor Stepan vor drei Jahren in Ettlingen hielt, hat der bekannte Philosoph und Soziologe der Münchener Universität in unserer Stadt eine große Hörergemeinde. Aus allen Kreisen der Bevölkerung setzte sich die große Besucherchaft zusammen, die am vergangenen Donnerstag dem Ruf der Volkshochschule gefolgt war, um Prof. Stepan seinen Vortrag über Rußland zu hören. Mit visionärer Kraft deutete er das Wesen Rußlands, das 1/4 der Erdoberfläche einnimmt, zunächst aus der Landschaft: ihr Horizont ist von keiner Form festgehalten, während Europa auf engstem Raum eine ungeheure Formfülle aufweist. Rußland sei eine in die Unendlichkeit ausgegossene Formlosigkeit. Kultur aber braucht Form. Rußland sei daher ein Land der religiösen Ergriffenheit, jedoch auch der Kulturfeindschaft, weil es in einer „vorsichtig verneinenden Beziehung“ zum Prinzip der Form steht.

In vier Jahrhunderten ist das russische Territorium von Moskau aus auf den 36-fachen Umfang gewachsen. Dem neuen Land strömte das Bauerntum nach, das aus dieser Freiheit allmählich in die Bindung an den Großgrundbesitz geriet. Durch die Befreiung aus der Leibeigenschaft im Jahr 1861 wurden die Bauern nicht zu Eigentümern, sondern in der Kollektivwirtschaft des „Mir“ (= Gemeinde) verbunden. Der russische Bauer hat sich zwar immer nach der eigenen Scholle zurückgeseht, aber den immer wieder anders zugeteilten Boden bearbeitete er ohne Liebe. So entstand kein Ethos der Arbeit wie in Europa. Der Russe wurde auch nicht durch Verantwortung in der Gemeinschaft erzogen; er blieb formfremd, wurde wohl religiös, aber nicht kulturell durchgeformt. Durch das Religiöse bekam er seinen inneren Halt.

Während im Westen das Christentum in ständiger Auseinandersetzung mit der Philosophie stand und eine Lehre entwickelte, hatte es in der Ostkirche keine Verteidigung nötig. Die russische Seele weil deshalb im Dunkel des Unbewußten beten; für sie ist das Christentum keine Lehre, sondern das Erlebnis der Einheit von Liebe, Freiheit und Wahrheit.

Diese russische Kirche wurde nach der Befreiung vom Tatarenjoch in den Staat eingepaßt und so entwickelte sich der Cäsaropapismus. Der Zar verlangt auch kirchlich unbedingten Gehorsam. Peter der Große

machte die Kirche vollends ohnmächtig. Sie wurde ein Instrument in der Hand der Reaktion und enttäuschte die westlich orientierten, freiheitsgläubigen Menschen, die sich radikal von der Kirche trennten.

So entwickelte sich eine revolutionäre Intelligenz. Es sei grundfalsch, die Revolution als Aufstand der Bauern und Proletariat gegen die Bourgeoisie zu bezeichnen, denn Rußland hat ja die Entwicklung Europas von der Renaissance und Reformation bis zum Bürgertum des strengen Eigentumsbegriffs nicht miterlebt. Diese Intelligenz ist keine Bezeichnung des Bildungsgrads, sondern Gesinnungsbegriff. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich die Trennung der Intelligenz in „Westler“ und „Slawophile“. Der linke Flügel der Westler wird immer radikaler: in Bakunin lebt die satanische Lust an der Zerstörung. Diesen Revolutionären ging es nicht um Lohnaufbesserungen, sondern um eine theoretische Erneuerung der Welt durch berufsmäßige Revolutionäre und Agitatoren. Hinter ihrem Zynismus steckt ein dämonischer Glaube und die Verneinung alles Glaubwürdigen. Von Marx bis Lenin entwickelt sich daraus ein hierarchisches System, das den Satan anbetet. Es will Gott töten, damit die Menschen frei leben können.

Diese Deutung des „Sündenfalls in den Bolschewismus“ aus der russischen Religiosität schloß Prof. Stepan mit dem Hinweis, daß die bolschewistische Glaubenslehre tot oder enttäuscht sei. Jetzt herrschen diejenigen, die daraus nur ein Machtinstrument machen. Weil die echte Opferbereitschaft tot sei, liege der Todesschatten über dem Bolschewismus. Sein Totenkampf könne uns noch viel an Schlägen kosten, aber er sei nicht mehr zu halten, weil er nicht mehr an sich selbst glaube.

Nur ein Denker wie Prof. Stepan, der als Russe die Entwicklung bis in die Jahre nach der Revolution aktiv miterlebt hat und zugleich in der europäisch-christlichen Kultur fest verwurzelt ist, konnte es wagen, auf diese überzeugende Weise das Antlitz Rußlands zu enträtseln. Sein Vortrag, für den ihm Prof. R. Plank den Dank der großen Ettlinger Hörerschaft ausspricht, ist ein wesentlicher Beitrag zur Erkenntnis unserer Zeit, weil er uns lehrt, die Hintergründe des politischen Tagesgeschehens zu erkennen. Durch die Veranstaltung solcher Vorträge erfüllt die Volkshochschule unter Leitung von Hauptlehrer Emig eine sehr dankenswerte Aufgabe.

8343 Fahrzeuge im Landkreis Karlsruhe

Ettlingen sollte wieder eine Zulassungsstelle bekommen

Wer dienstags- oder freitagvormittags mit seinem Auto in Karlsruhe über den Marktplatz zur Hebelstraße fahren will, wird feststellen, daß sein Vorhaben mit allerlei Schwierigkeiten verbunden sein kann. Denn dicht gedrängt stehen Omnibusse, Schlepper, Lastautos mit Anhängern oder Personenkraftwagen nebeneinander, deren Besitzer auf die Kraftfahrzeugzulassung des Landrates warten. Für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist es dann ziemlich schwierig, ihre Fahrzeuge durch diesen Wagenpark hindurchzuschleusen. In der Hebelstraße beispielsweise stehen die Fahrzeuge zu beiden Seiten der Straße, so daß es der Polizei fast unmöglich ist, im Ernstfall mit ihren eigenen Wagen schnell auszurücken. Da nun schließlich für eine Bremsprobe die Fahrzeuge einige Meter fahren müssen, wird auch der übrige Straßenverkehr am Marktplatz selbst wesentlich gehemmt. Nicht zuletzt wirkt sich dieser verstärkte Verkehr auch äußerst störend auf die Behörden und Betriebe aus, die gerade in dieser Gegend zahlreich vorhanden sind, beispielsweise das Landratsamt selbst, das Polizeipräsidium, die Kriminalpolizei, die Kriminalhauptstelle, die Landespolizei, das Arbeitsgericht und auch das Badenwerk. Eine Änderung der Abnahmepätze wäre also hier keineswegs verfehlt. Auch wäre es an der Zeit, den Bemühungen des Landrates Gehör zu schenken und u. a. für die Verkehrsabteilung und die Zulassungsstelle ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Daß diese Wünsche gerechtfertigt sind, beweist die Zunahme der Kfz-Zulassungen im Landkreis Karlsruhe während des letzten Jahres. Waren es am 1. Januar 1951 nur 3956 zugelassene Kraftfahrzeuge, so stieg die Zahl bis zum 1. Januar 1952 auf 4911 an, abzüglich der 405 Motorräder, die während des Winters stillgelegt wurden. Im Stadtkreis sind z. Z. 5189 Kraftfahrzeuge zugelassen, wovon 1071 augenblicklich stillgelegt sind. Die Zahl der Personenkraftwagen stieg im Landkreis von 1480 auf 1667; 99 sind vorübergehend stillgelegt. Im Stadtkreis sind 5639 Pkw zugelassen, wovon 663 momentan außer Betrieb sind. Zu Beginn des Jahres 1951 waren 14 Kraftomnibusse zugelassen, am Ende des Jahres waren es 20, 2 davon sind z. Z. stillgelegt. Von 41 zugelassenen Kraftomnibussen im Stadtkreis sind 4 während des Winters stillgelegt. Gegenüber diesen Zahlen ist eine kleine Abnahme der Lastkraftwagen und Kipper zu verzeichnen und zwar sank die Zulassungszahl von 939 auf 833. 101 Lkw sind allerdings momentan stillgelegt. Im Stadtkreis beträgt die Zulassungsziffer 2273, 397 davon sind den Winter über außer Betrieb. 151 Zugmaschinen waren zu Beginn des letzten Jahres im Landkreis Karlsruhe zugelassen, die Zahl stieg an auf 159, abzüglich der 10 z. Z. stillgelegten Fahrzeuge. Im Stadtkreis sind von 169 zugelassenen Zugmaschinen 42 stillgelegt. Augenblicklich sind im Landkreis 56 sonstige Kraftfahrzeuge, wie beispielsweise Feuerwehrautos u. dgl. zugelassen.

Insgesamt hat der Landkreis Karlsruhe z. Z. also 8343 zugelassene Kraftfahrzeuge, einschließlich der 715 während des Winters stillgelegten Vehikel. In dieser Zahl sind auch die

571 Kraftfahrzeuge von Nordbaden mit einbezogen, die unter den Schlüsselnummern 12 (Innere Verwaltung, Oberfinanzdirektion, Landwirtschaft und Ernährung, Wasserwirtschaftsamt), unter 90 (Straßenbauämter, Landesvermessungsämter) und unter 92 (Landespolizei) fahren. Im Vorjahr waren es insgesamt nur 6566 Fahrzeuge. Allerdings wurde die Zahl damals ohne Berücksichtigung der vorübergehend stillgelegten Fahrzeuge ermittelt. Die Gesamtzulassungszahl des Stadtkreises beträgt 13475 Fahrzeuge, 2065 sind z. Z. stillgelegt.

Wir sehen also, daß das Problem eines geeigneten Zulassungsgeländes gleichermaßen ein verkehrstechnisches Problem des Stadtkreises als des Landkreises Karlsruhe ist, denn auf die Dauer sind solche Verkehrshindernisse, wie sie an den Tagen der Zulassungen verursacht werden, inmitten einer Großstadt untragbar.

Wie auf den meisten Gebieten, so wäre wohl auch für die Kraftfahrzeug-Zulassung eine Dezentralisierung wünschenswert. Durch Außenstellen des Landratsamts bei den größeren Stadt- und Landespolizeistellen könnte der Zweck genau so gut erfüllt werden. Wie früher so sollte in Ettlingen wieder eine Zulassungsstelle für die Stadt und den Albgau sein.

Bereins-Nachrichten

Gewerkschaft Textil-Bekleidung

Am Sonntag, 10. Febr., nachmittags 14 Uhr findet im Gasthaus zum „Adler“ in Spessart eine außerordentliche Mitgliederversammlung für die Mitglieder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung statt. Über das Betriebsverfassungsgesetz spricht Kollege Alfred Gösser. Die Mitglieder werden wegen der Wichtigkeit der Versammlung um zahlreichen und pünktlichen Besuch gebeten.

Ortsgruppe Ettlingen

Die nächste Sprechstunde wird am Samstag, 16. Febr., von 14 bis 17 Uhr im Schloß (Schloßhof rechts in der Hilschule) abgehalten. Bei besonderer Notlage können Anträge an das Versorgungsamts auf eine Zuwendung an Kriegserwitwen, die einen Kommunikanten oder Konfirmanten haben, gestellt werden.

Rund um die Ettlinger Fastnacht Zum Sauerball am 9. Februar

Der Karr steigt von seinem Brunnenpotelle und kommt zum Sauerball-Fastnachtfeiern! Er ruft Euch Karren, er lobt Euch ein, Am Samstag recht närrisch und fröhlich zu sein!

Die Stadt freute - und der Staat?

Verkehrssicherheit duldet keine Zuständigkeitsgrenzen

Gestern Abend setzte plötzlich eine stärkere Kälte ein, so daß Straßen und Gehwege spiegelglatt froren. Die Streupflicht besteht zwar nur bis 20 Uhr (danach läuft und fährt man also einseitig auf eigene Gefahr), aber das Stadtbauamt alarmierte trotzdem auf Grund eines Lageberichts der Stadtpolizei den motorisierten Streudienst. Mit der schon erwähnten Streumaschine, die vom Lkw aus durch zwei Mann bedient wird, waren die Ettlinger Straßen schnell von dem schlimmsten Rutschgefahr befreit. Aber am Lind-scharren endet die Streupflicht der Stadt und von dort bis zur Gemarkungsgrenze nach Rüppurr hat der Straßenmeister des staatl. Straßenbauamts die Aufsicht. Ihm steht keine motorisierte Streukolonne zur Verfügung. Infolgedessen bleibt die größte Gefahrenstelle bei Ettlingen, der „Karlsruher Buckel“, während der ganzen Nacht ungestreut. Gestern Abend sah man dort Lastwagen an Lastwagen, deren Fahrer sich bemühten, durch Streuen von Sand die Fahrzeuge wieder flott zu machen.

Um 22.45 Uhr fuhr ein Lkw den Buckel hinunter; der Fahrer mußte plötzlich bremsen, da vor ihm ein anderer Lkw anhielt. Dadurch geriet der Lkw so ins Schleudern, daß er auf die linke Straßenseite fuhr. Ein aus Richtung Karlsruhe kommender Lkw mußte daher scharf nach links ausweichen. Die beiden Fahrzeuge streiften sich und bei dem zuerst erwähnten Lkw, den auch die Schuld trifft, entstand Sachschaden von etwa 500 DM.

Ebenso unangenehm wie solche Schäden ist der viele Ärger für die von der Autobahn kommenden Pkw- und Lkw-Fahrer, die kurz vor Ettlingen hängen bleiben und zugleich eine Gefahr für alle anderen Fahrzeuge bilden. Es wäre für den guten Ruf unserer verkehrsbegünstigten Stadt wohl das Beste, wenn der Staat die Streupflicht am Karlsruher Buckel auf seine Kosten durch das Stadtbauamt Ettlingen erfüllen läßt. Für den städtischen Streudienst wäre eine Kleinigkeit, diesen einen Kilometer mehr zu streuen und unzählige Kraftfahrer, die nachts fahren müssen, wären dem Staat und unserer Stadt für diese Aufmerksamkeit dankbar. Zuständigkeitsgrenzen dürfen keine Rolle spielen, wenn es um die öffentliche Verkehrssicherheit geht.

Die Meinung des Lesers:

Auch eine Meinung!

Lieber Freund!

Recht herzlichen Dank für Ihre Zuschrift. Gewiß, man kann auch anderer Meinung sein über die Erhaltung des Friedens. Es wäre nicht gut, wenn wir alle die gleiche Meinung besäßen; aber an gewissen Grundwahrheiten kommen wir doch alle nicht vorbei.

Was zunächst den von Ihnen falsch zitierten Mahatma Ghandi anbetrifft (für die utopische Wortbildung: Widerstand der Widerstandslosigkeit - wäre richtig: Widerstand der absoluten Gewaltlosigkeit - zu sagen gewesen), haben wir von der Notgemeinschaft nie auf diesen Weg verwiesen. Sie haben damit jedoch immerhin gezeigt, daß Sie auch ein klein wenig bewandert sind in der Ideenwelt des Pazifismus. Ein sehr erfreulicher Ansatz!

„Die Geschichte lehrt...“ Nun lieber Freund, was lehrt denn die Geschichte? Bestimmt nicht, daß starke Völker ihren Frieden erhalten können, während die schwachen von ihnen vernichtet, ausgelöscht und deportiert werden. Wie können die starken Völker Frieden haben, wenn sie die schwachen mit Krieg überziehen? Aber auch die starken Völker können nicht immer ihre Macht behaupten. Erinnern Sie sich z. B. an Hellas, Karthago, Rom und - waren wir nicht auch einmal stark? Viel richtiger wäre zu sagen gewesen: „Die Geschichte lehrt, daß sie nichts lehrt!“ Wie könnte sonst die Welt nach zwei blutigen Weltkriegen schon wieder an einen dritten denken? Aber dieses Mal wollen doch nicht wieder wir den Funken ans Pulverfaß gehalten haben, oder?

Wie Sie, lieber Freund, weiter mitteln, gibt es auch Vertreter, die eine starke Wehrkraft wünschen. Zunächst waren wir blank jeder Wehr, nun sorgt aber Blank dafür, daß wir wieder eine blanke Wehr bekommen. So ist es doch wohl!

Wenn es aber wenigstens blitz-blanke Soldaten wären, die wir da bekommen sollen. Was es eigentlich sind, hat der englische Kronjurist Pritt wohl am besten ausgedrückt, der sagte, daß jeder deutsche Soldat, der vor Abschluß eines Friedensvertrages mit allen vier Mächten, aufgestellt würde, außerhalb der Haager Landkriegsordnung stünde und somit als Partisan zu betrachten sei! Ich persönlich bedanke mich für so etwas und viele andere wohl ebenfalls.

Wie steht es nun mit der wirtschaftlichen Hilfe, die der Westen uns angedeihen läßt? Ich glaube nicht, daß daraus die moralische Verpflichtung eines Wehrbeitrages für uns entsteht, wenn der Westen dies vielleicht auch glaubt.

Wenn mir jemand ein Auto schenken will, aber gleichzeitig verlangt, daß ich damit in tollkühner Fahrt einen Abhang hinunter fahre, dann sage ich: „Lieber Freund, vielen Dank, aber behalte deinen Wagen, ich gehe lieber zu Fuß!“ Oder wollen Sie vielleicht, als der Vertreter der ehemaligen Berufsoldaten, von Ihren Kameraden verlangen, in solch ein Gefährt einzusteigen? Ich glaube, Ihre Kameraden werden den Fußmarsch, und sollte er noch so beschwerlich sein, auch vorziehen.

Noch manches wäre in Ihrer Zuschrift richtigzustellen. Doch ich schlage vor, Sie kommen am Freitagabend 8 Uhr zu unserer öffentlichen Versammlung in der Aula des Realgymnasiums zu uns, wo Sie Herr Konteradmiral a. D. Ludwig Stummel über unsere Gegenstände zur Wiederaufrüstung unterrichten wird und wo wir uns in sachlicher Diskussion weiter unterhalten können.

Also denn, bis zum Freitagabend. H.R.



Aus den Albau-Gemeinden

Neues aus Langensteinbach

Verkehrsverein wirbt für den Luftkurort Langensteinbach. Die sagenumwobene St. Barbarakapelle ist seit alters her ein Anziehungspunkt der Wanderer und Erholungssuchenden. Seit Bestehen des Verkehrsvereins kann man die Beobachtung machen, daß auch von der Möglichkeit eines Erholungsaufenthaltes rege Gebrauch gemacht wird, hat doch gerade dieser Verein es sich zur Aufgabe gemacht, für die Umgebung von Langensteinbach werbend zu wirken. Die Generalversammlung gab ein Spiegelbild über das bisher Geleistete; die einstimmige Wiederwahl der Vorstandschaft mit Bürgermeister Schwan an der Spitze, war ein Beweis der Zufriedenheit mit der bisher geleisteten Arbeit. Wenn nun auch die am Freitag stattgefundene Vereinsvertreterversammlung auf

dem Rathaus zur Feststellung des Jahresprogramms sich einmütig auf den Standpunkt stellte, daß die Umgebung der Barbarakapelle ausschließlich Erholungszwecken dienen solle und dort keine Vereinsveranstaltungen mehr stattfinden, so ist dies ein Zeugnis des Willens aller Bevölkerungsschichten, dem gemeinsamen Ziele zuzustreben, Langensteinbach den Ruf als Erholungs- und Luftkurort zu verschaffen.

Eine am Samstag abgehaltene Treibjagd brachte drei Schwarzwildkittel und zwei Füchse zur Strecke.

Schluttenbach

Schluttenbach. Bei der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde das Ergebnis der Grabarbeiten zur Bekämpfung der Engerlinge bekanntgegeben. Demnach dürfte das Jahr 1952 kein Hauptflugjahr für Maikäfer werden. Damit aber auch von privater Seite im Frühjahr bei der Feldbestellung eine Mitwirkung in dieser Hinsicht erfolgt, ist erforder-

lich, daß die Schädlinge beim Ackern aufgefunden werden. — Die Rattenbekämpfung wird einheitlich durchgeführt. Die Kosten werden von den Hauseigentümern erhoben. — Für Vermessungsaufwand wird ein größerer Betrag in den neuen Haushaltsplan eingestellt.

Am letzten Freitagabend hatte das Volkshaus eingeladen. Reg. Rat Hölstein sprach in tiefgründiger Weise über das Nachbarrecht, das mit sehr großem Interesse verfolgt wurde und auch herzlichen Beifall auslöste. In der anschließenden Aussprache wurde Klage geführt, daß bei der Obstnahme an den kreis-eigenen Bäumen für die angrenzenden privaten Grundstücksbesitzer nur Schaden angerichtet wird; eine anteilmäßige Ablassung von Obst ist bis heute nicht vorgenommen worden. Lediglich die Hecken und Gesträucher, die an dem Rain des Kreisweges in die Grundstücke hineinwachsen und viel Mühe verursachen, dürfen von den Grundstücksbesitzern entfernt werden, damit sie ihr Gras mähen können.

Rheinwasserstand am 6. 2.: Konstanz 268 (-1)
Rheinfeiden — (-) Breisach 122 (-0)
Straßburg 202 (-3) Maxau 385 (+1)
Mannheim 244 (-12) Caub 187 (-7)

Wettervorhersage

Donnerstag vorwiegend stark bewölkt und zeitweise noch leichter Schneefall. In tieferen Lagen zeitweise Tagestemperaturen auf 2 bis 3 Grad über Null ansteigend. Meist schwache, südwestliche Winde. Nachts höchstens geringer Frost. Freitag weiterhin meist wolkges Wetter und nicht niederschlagsfrei. Geringer Rückgang der Tagestemperaturen. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +1°
Barometerstand: Veränderlich

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187



DANKSAGUNG — STATT KARTEN

Für die zahlreiche und herzliche Anteilnahme sowie für die vielen Blumen- und Kranzspenden beim allzufrühen Heimgang unseres lieben Entschlafenen

Friedrich Holzapfel

Maurermeister

sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen

Ettligen — Durlach, den 5. Februar 1952

Grippe - ?

Man widersteht ihr oder überwindet sie besser durch eine kräftige Kur mit dem wirksamen

Dr. Schieffer-Elixir
(Lebens-Elixir)

Biologisch aktives Eisen und edelstes Lecithin. Es mundet wie köstlicher Wein! DM 2,25, 3,75 u. 6,75
In allen Apotheken und Drogerien

Praxis
Dr. E. Hölischer
Ettligen, Bulacher Str. 11
Telefon 567
Sprechstunden ab 11. Febr.
Montags, dienstags, donnerstags und freitags von
14 bis 16 Uhr

STELLENGESUCHE

Bürohilfe

18 Jahre, perf. in Maschinenschriften, Kenntn. in Stenografie, sucht sofort Stellung. Angeb. unter 381 an die EZ

Kontoristin 23 Jahre in ungekündigter Stellung sucht sich zu verändern. Angeb. unter 391 an die EZ

GEFUNDEN

Kleiner Schlüssel mit Nummer an Ketten, gef. Abzuholen geg. Einrückgebühr in der EZ

ZUMIETEN GESUCHT

Sergeant der US-Army sucht gut möbl. Zimmer, helzbar. Gute Bezahlung. Angeb. unter 383 an die EZ

Hiesiger Industriebetrieb sucht für leitenden Angestellten

gut möbl. Zimmer
Angebote unter Nr. 392 an die EZ

ZU KAUFEN GESUCHT

Reiseschreibmaschine neuwertig, zu kaufen ges. Zu erf. unter 385 in der EZ

Ziege zu kaufen gesucht. Zu erf. unter 384 in der EZ

Gebr. guterh. Rolladen-Akten-schrank zu kaufen gesucht. Zu erf. unter 387 in der EZ

Bauernball Ettligen

Samstag, den 9. Februar um 19.59 Uhr steigt der Ettliger Narr mit seinem Gefolge in die Stadthalle.

Kartenvorverkauf in allen Gärtnereien und in der Milchhandlung Hettinger.
Eintrittspreis pro Nase DM 1.50

Omnibusverbindung ab 2 Uhr Richtung Rüppurr u. Albtal
Die schönsten u. originellsten Masken werden prämiert
Motto: „Noch sind die Tage der Rosen“

Zum Bauernball ist alles herzlich eingeladen



BEKANNTMACHUNGEN

Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952

Mit Erlaß vom 28. Januar 1952 Nr. 6130/Tb hat der Präsident des Landesbezirks Baden — Landesbezirksdirektion für Innere Verwaltung und Arbeit — zu Kreiswahlleitern und deren Stellvertretern für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung ernannt:

Wahlkreis Nr. 38	Kreiswahlleiter:	Stellvertreter:
Karlsruhe-Land I	Landrat Groß	Reg. Rat Weckesser
Wahlkreis Nr. 39	Kreiswahlleiter:	Stellvertreter:
Karlsruhe-Land II	Ob. Reg. Rat Schäfer	Reg. Rat Höllein

Auf Grund dieser Ernennung und gemäß § 11 des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBl. S. 21), §§ 34 ff. der Verordnung Nr. 1054 der Landesregierung Württemberg-Baden hierzu vom 30. Juni 1949 (Amtsblatt des Landesbezirks Baden Seite 279) in Verbindung mit dem zweiten Gesetz über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern vom 4. Mai 1951 (BGBl. I S. 284) und der Verordnung des Ministerrats der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern über die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 7. Januar 1952 (RegBl. S. 1) fordern wir hiermit zur

Einreichung von Kreiswahlvorschlägen

auf die Kreiswahlvorschläge müssen den folgenden Bestimmungen entsprechen:

- Jeder Kreiswahlvorschlag darf nur einen Namen eines Bewerbers enthalten und dessen Namen, Vornamen, Geburtsort, Geburtsort, Beruf und Anschrift angeben.
- Jeder Bewerber kann nur auf einem Wahlvorschlag eines Wahlkreises benannt sein.
- Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlkreise ist in geheimer Abstimmung in einer Versammlung der betreffenden politischen Partei festzustellen, zu der eine der Mitgliederzahl oder den statutarischen Bestimmungen der Partei entsprechende Zahl von Delegierten ordnungsmäßig einzuladen ist.
- Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 500 Wählern des Wahlkreises, für den sie eingereicht werden, unterschrieben sein. Ein Wahlberechtigter kann nicht mehrere Kreiswahlvorschläge desselben Wahlkreises unterzeichnen. Die Unterzeichner der Kreiswahlvorschläge haben Vor- und Zunamen, Beruf und Anschrift anzugeben. Die Unterschriften müssen leserlich sein.
- Bei den von den zugelassenen politischen Parteien eingereichten Kreiswahlvorschlägen genügt die Unterschrift der für den Wahlkreis zuständigen Landesleitung der Partei.
- Tritt ein Bewerber für eine politische Partei auf, so ist deren Bezeichnung beizufügen. Im übrigen soll der Wahlvorschlag die Wählervereinigung, von der er ausgeht, mit einem Kennwort bezeichnen.
- Jeder Wahlvorschlag soll einen Vertreter (Vertrauensmann) der einreichenden Wählervereinigung und einen Stellvertreter für diesen benennen; andernfalls gilt bei den von Wahlberechtigten unterzeichneten Wahlvorschlägen der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der nächste als sein Stellvertreter. Dieselbe Person darf nicht als Vertrauensmann für mehrere Kreiswahlvorschläge benannt sein. Die Vertrauensmänner sind berechtigt und verpflichtet, namens ihrer Wählervereinigungen die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Zu jedem Wahlvorschlag sind einzureichen:

- eine unterschriebene Erklärung jedes Bewerbers, daß er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zugestimmt hat; die Erklärung kann nur bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge (vgl. § 42 d. Ges.) zurückgenommen werden;
- gleichzeitig mit dieser Erklärung eine amtlich beglaubigte Bescheinigung, daß der Bewerber die Wahlbarkeitsvoraussetzungen erfüllt (§§ 11 Abs. 3 d. Ges.);
- eine amtlich beglaubigte Abschrift der Niederschrift über die in § 17 Satz 1 des Gesetzes vorgeschriebene Versammlung der betreffenden politischen Partei (§ 17 Satz 2 d. Ges.); wurden die Bewerber in einer Delegiertenversammlung aufgestellt, so sind die entsprechenden Satzungsbestimmungen der Partei mitzutellen;
- Bescheinigungen des Bürgermeistersamts, daß die Unterzeichner der Vorschlagslisten in die Wählerliste eingetragen sind.

Zuständig zur Ausstellung der Bescheinigungen gemäß Buchst. b und d ist die Gemeindeverwaltung der Ge-

RESTE

bekannt

BILLIG
ab Donnerstag

DAS ALTSOLIDE

Haus für Bekleidung
A. STREIT
Ettligen

Strom reell!

PREIS-AUFGABE

tnniweg thein red ,tgaw thein reW

Für die richtige Lösung obigen Spridwortes habe ich folgende Preise ausgesetzt:

- Preis: 1 kompl. Wohnungseinrichtung bestehend aus Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche und Garderobe.
- Preis: 1 Wohnzimmer
- Preis: 1 Schlafzimmer
- Preis: 1 Küche
- Preis: 1 Motorroller
- Preis: 3 Rundfunkgerät
- Preis: 3 Staubsauger
- Preis: 3 Damen-Fahrrad
- Preis: 3 Herren-Fahrrad

(oder für diese Hauptpreise den entsprechenden Gegenwert in bar) und 453 weitere Preise, wie: Foto-Apparate, Herren- und Damen-Armbanduhren, Steppdecken, Bettwäsche-Garnituren, Leder-Aktenaschen, Damen-Handtaschen, Ferngläser, mod. Tischdecken, Rasier-Apparate, Damen-Strümpfe, Füllhalter. Außerdem wird jede richtige Lösung mit einem Anerkennungspreis belohnt.

Alle ausgesetzten Preise sind von einwandfr. Qualität!

Die Lösung des Spridwortes muß sofort auf einer Postkarte mit deutlicher Absender-Angabe geschrieben an mich erfolgen.

Die Teilnahme an dieser Preisauflage verpflichtet zu keiner weiteren finanziellen oder sonstigen Verbindlichkeit. Ich verfolge damit lediglich den Zweck, den Kreis derer, die meine Firma schon kennen u. schätzen, noch zu erweitern. Die Verlosung der Preise findet unter Aufsicht eines Notars statt. Angestellte meiner Firma und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

VERSANDHAUS HEINZ BERENDES
Marburg/Lahn
Barfüßerstr. 47

Kein Risiko!

meinde, in deren Wählerliste der Bewerber oder der Unterzeichner eingetragen ist. Bei der Niederschrift im Sinne des Buchst. c genügt die Beglaubigung durch den zuständigen Kreiswahlleiter oder durch den Bürgermeister der Gemeinde, in der die für den Wahlkreis zuständige Landespartei ihren Sitz oder der Protokollführer seinen Wohnsitz hat.

8. Die Kreiswahlvorschläge müssen bei den unterzeichneten Kreiswahlleitern spätestens bis zum Donnerstag, den 21. Februar 1952, 18.00 Uhr eingereicht werden. Der Sitz der Kreiswahlleiter ist das Landratsamt Karlsruhe, Karlsruher-Friedrich-Straße 15. Bis zu dem genannten Zeitpunkt müssen auch die in Ziffer 7 verlangten Erklärungen und Bescheinigungen vorgelegt sein.

Karlsruhe, den 1. Februar 1952.

Der Kreiswahlleiter für den Wahlkreis Nr. 38 (Karlsruhe-Land I) Groß (Landrat)	Der Kreiswahlleiter für den Wahlkreis Nr. 39 (Karlsruhe-Land II) Schäfer (Oberregierungsrat)
--	--

STADT.BEKANNTMACHUNGEN

Dienst im Einwohnermeldeamt

Das Einwohnermeldeamt wird wegen der Vorarbeiten für die Wahl am 9. März 1952 von heute bis auf Weiteres nachmittags für den Dienstverkehr geschlossen.

Dienststunden vormittags von 8 bis 12 Uhr
Ettligen, den 7. Februar 1952
Der Bürgermeister

Jetzt noch billiger!

Flausch-Wolle 100g 1.95
Reine Schafwolle 100g 2.—
Woll-Schal 3.20 und 3.80
Kind-Wollhandschuhe 1.95
Teufelsmützen 1-4 J. 1.95
aus Wolle

Reste-Wolle

bunt, zum Aussuchen, bei Abnahme von 200 Gramm zus. DM 5.—

Nur gute Qualitätsware
Nützen Sie jetzt die Gelegenheit!

Renzland
Pforzheimer Straße 3a

„Immer jünger“
Knoblauch-Beeren
Geschmackvoll und gesund!

EXTRA STARK
Arterienverkalkung
Hoher Blutdruck
Schwädelgefühle

Immer frisch erhältlich
Badenia-Drogerie
R. Chemnitz Leopoldstr. 7

Autobatterien repariert - Altbatterien kauft

AUTO-LICHT-DIENST - LUISENSTRASSE 5

Einladung

an die Bevölkerung von Ettligen und Umgebung zur **öffentlichen Versammlung**

am Freitag, den 8. Februar 1952, abends 8.00 Uhr in der Aula des Realgymnasiums Ettligen.

Es spricht Herr Ludw. Stummel, Konter-Admiral a.D. Worms, über das zeitnahe Thema: „Schutz Deutschlands“
Anschließend freie Diskussion.

Notgemeinschaft für den Frieden Europas!

Katholische Kirche wird mitarbeiten

Ein Brief von Erzbischof Dr. Rauch an Ministerpräsident Dr. Maier

Stuttgart (ZSH). „Durch die Abstimmung des 9. Dezember 1951 ist die Frage des Südweststaates im Sinne seiner Errichtung gelöst worden. Die Wahlen zur Verfassungskonstituierenden Landesversammlung für den neuen Staat sind auf den 9. März 1952 anberaumt. Die Katholische Kirche stellt sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen und wird in allen Staat und Kirche gemeinsam berührenden Angelegenheiten mit den staatlichen Stellen und Behörden bereitwillig zusammenarbeiten. Ich freue mich sehr, wenn dieses Einverständnis von dem Bundespräsidenten Dr. Maier am 1. Februar in einem Schreiben mit, von dem Landtagspräsidenten Keil den Abgeordneten des württemberg-badischen Landtags in dessen 42. Sitzung Kenntnis gab.“

Dr. Rauch macht den Ministerpräsidenten in seinem Schreiben noch auf die beantragte Erhöhung der Konkordatsumme aufmerksam und bittet, daß die Genehmigung dafür wie für das Land Südbaden auch für den Landesbezirk Nordbaden erteilt wird.

Das Schreiben von Bischof Rauch stellt die Antwort auf einen Brief von Ministerpräsident Dr. Maier dar, in dem dieser den Erzbischof von der Annahme des Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuerrechts im Landesbezirk Nordbaden und des Gesetzes über das Verbot der Spielbanken in Württemberg-Baden unterrichtet hatte. Dr. Rauch erklärte, durch die Annahme des Gesetzes über das Kirchensteuerrecht sei die Rechtslage in Nordbaden und Südbaden in dieser Angelegenheit wieder vereinheitlicht und das den Kirchen im Jahre 1949 zugefügte Unrecht beseitigt worden. Das Verbot der Spielbanken erfülle ihn mit großer Genugtuung.

Nach längerer Debatte nahm der Landtag einstimmig das 3. Änderungsgesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden an. Durch dieses Gesetz wird das bisher bei der Verteilung der Schullasten geltende „Mehrstellensystem“ rückwirkend vom 1. Oktober 1951 an abgeschafft. Außerdem erhalten vom 1. April 1952 an die Gemeinden, die eine höhere Schule, Mittelschule oder Berufsschule unterhalten, für jeden auswärtigen Schüler von dessen Heimatkreis einen sogenannten Gastzuschlagbeitrag.

Finanzminister Dr. Karl Frank wies in der Aussprache darauf hin, daß es unbillig gewesen wäre, die Schulträgergemeinden allein die Kosten für die Unterhaltung von höheren Schulen tragen zu lassen, obwohl sich der Prozentsatz der auswärtigen Schüler ständig erhöhe. Die Bestimmungen über den Gastzuschlagbeitrag stellen keinen Eingriff in die Selbstverwaltung dar. Im übrigen seien alle kommunalen Spitzenverbände gehört worden, jedoch habe zu dieser Frage jeder Verband einen anderen Standpunkt eingenommen. Am Ende sei daher nichts anderes übriggeblieben, als einen Gesetzentwurf vorzulegen, der versuche, die Interessen der Beteiligten auf einen Nenner zu bringen.

Debatte über örtliches Wohnungswesen

Eine lebhafteste Debatte entstand bei der Beratung der Wohnraumbewirtschaftung in den Gemeinden. Ein bereits im Verwaltungsausschuß abgelehnter DG-BHE-Antrag, der die Errichtung staatlicher Wohnungsinhaber verlangte, begegnete auch im Plenum scharfem Widerspruch von Abgeordneten der übrigen Fraktionen. Das Haus nahm schließlich einen Antrag des Ausschusses an, in dem die Regierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung für eine rasche Verabschiedung des Wohnraummangelgesetzes einzutreten.

Während der Sitzung verlas Landtagspräsident Keil ein Schreiben des inzwischen zur

DVP übergetretenen bisherigen CDU-Abgeordneten Dr. Kaufmann, in dem dieser mitteilte, daß er sein Landtagsmandat niederlege. Einstimmig billigte der Landtag einen Antrag des Finanzausschusses, für die Landwirtschaft Mittel zur Zinsverbilligung bereitzustellen. Nach einem in der Sitzung bekanntgegebenen Exposé des Landwirtschaftsministers Herrmann hat die württemberg-badische Landwirtschaft einen dringenden Kreditbedarf von 6 100 000 DM. Im Finanzausschuß des Landtages hatte Finanzminister Dr. Frank erklärt, daß zur Zeit dieser Kreditbedarf nicht aus Staatsmitteln gedeckt werden könne und sich daher die Landwirtschaft wegen Darlehen an ihre Kreditinstitute wenden müsse. Es könnten lediglich Mittel für eine Zinsverbil-

ligung der Darlehen bereitgestellt werden. Der Landtag beauftragte die Staatsregierung, nach Möglichkeiten zu suchen, im Rechnungsjahr 1952 den dringenden Kreditbedarf der Landwirtschaft zu befriedigen und spätestens bei den Haushaltsberatungen über das Ergebnis der Bemühungen zu berichten.

Die Große Anfrage einiger SPD-Abgeordneten wegen des Aufkaufs von Dosenfleisch im Jahre 1949 erklärte der Landtag für erledigt, nachdem im Finanzausschuß eine befriedigende Erklärung der Regierung abgegeben worden war. In dieser Erklärung war festgestellt worden, daß im Jahre 1949 zwischen dem Landwirtschaftsministerium und einer südwürttembergischen Wurstwarenfabrik ein einwandfreier Kaufvertrag abgeschlossen worden sei. Ohne Zweifel hätten die Verantwortlichen des Landwirtschaftsministeriums ihre Befugnisse überschritten. Man müsse ihnen jedoch zugute halten, daß sie geglaubt hätten, dadurch zur Besserung der Fleischversorgung beizutragen.

Bundesrichter werden bei der Prüfung der Revisionsgründe die Rechtsfrage zu entscheiden haben, ob General Canaris und seine Mitverschworenen auch nach dem heutigen Standpunkt Landesverrat verübten.

Justizminister Dr. Fecht beigesetzt

Staatspräsident Wohleb sprach am Grabe Baden-Baden (Isw). Der im Alter von 71 Jahren an einem Herzschlag verstorbenen badische Justizminister Dr. Fecht wurde auf dem Stadtfriedhof in Baden-Baden beigesetzt. In seiner Trauerrede nannte Staatspräsident Wohleb den Toten eine unbestechliche, gerechte und laudable Persönlichkeit, die sich rückhaltlos für das Volk und den Staat eingesetzt habe. Das tiefe Bedauern des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesregierung übermittelte den trauernden Hinterbliebenen Bundesjustizminister Dr. Dehler, der hervorhob, daß sich der Tote um das Vaterland verdient gemacht habe. Ferner sprachen ein Vertreter des Bundesverfassungsgerichts und der badische Landtagspräsident, Dr. Person, der des politischen Kameraden gedachte.

Dann wurde der mit der badischen Fahne bedeckte Sarg von Polizeibeamten zur letzten Ruhestätte geleitet. Unter den Kranzpenden befanden sich Kränze des Bundeskanzlers, des Präsidenten des Bundesgerichtshofes sowie der drei südwestdeutschen Länderregierungen.

Pforzheim. Die „Goetheschule — Freie Waldorfschule“ in Pforzheim beabsichtigt, nachdem die Zahl ihrer Schüler von 170 auf 310 zugenommen hat, einen zweiten Schulpavillon zu errichten. (Iwb)

Bamberg. Kreis Oberlingen. Nach dem reichen Schneefall der letzten Tage können die Spuren der Wildschweine besser ausgemacht werden. Bei einer auf der Gemarkung Bamberg veranstalteten Treibjagd konnten sieben Schwarzkittel zur Strecke gebracht werden. (Isw)

Finanzausgleichsklage ausgesetzt

Neuer Termin noch unbestimmt

Karlsruhe (Isw). Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Höpker-Aschhoff die auf den 6. Februar festgesetzte Urteilsverkündung im Finanzausgleichsstreit zwischen dem Land Württemberg-Baden, der Hansestadt Hamburg und dem Bund ausgesetzt. Es hat sich als notwendig erwiesen, in dieser Frage noch eine Entscheidung des Plenums des Bundesverfassungsgerichts herbeizuführen. Der neue Termin wird noch bekanntgegeben.

In einem Antrag an das Bundesverfassungsgericht hatten die Regierung von Württemberg-Baden und die Hansestadt Hamburg die Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950 gefordert. Die von der württemberg-badischen Regierung in diesem Zusammenhang geforderte vorläufige Regelung, durch einstweilige Anordnung gemäß Paragraph 32 des Gesetzes die laufenden Ausgleichszahlungen zu stoppen, war vom Bundesverfassungsgericht bereits im Dezember 1951 zurückgewiesen worden.

ung und Geständnisverweigerung verurteilt, ihn aber von der Anklage der Mitwirkung an der Tötung von Canaris und den anderen hingerichteten Männern freigesprochen. Huppenkoth hat nach seiner Darstellung bei dem SS-Standgericht, vor das die Gruppe Canaris gestellt worden war, lediglich Anklage erhoben. Die Münchner Richter sahen keinen Gegenbeweis, daß ein derartiges Standgericht nicht stattgefunden habe. Somit wurde von ihnen die in diesem Verfahren gefällten Todesurteile als „rechtlich“ betrachtet.

Sowohl Huppenkoth wie auch der Staatsanwalt haben gegen das Urteil des Schwurgerichts in München Revision eingelegt. Die

Der Fall Canaris vor dem Bundesgericht

Verfahren gegen einen SS-Anklagevertreter

Karlsruhe (Isw). Der in den letzten Wochen in der lebhaften Diskussion um ein kürzlich in München uraufgeführtes Theaterstück erwähnte Name des ehemaligen deutschen Abwehr-Chefs Hans Canaris wird auch am 12. Februar auf einer Sitzung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe mehrfach zu hören sein. Ob allerdings — wie von einigen Seiten erwartet — die Hintergründe zu der Liquidierung des Generals und der zu seiner Gruppe gebörenden Leute wie General Oat, Reichsgerichtsrat von Donanyi, Generalrichter Sack und Pfarrer Bornhöfer, aufgerollt werden, scheint sehr fraglich, denn die Bundesrichter haben sich lediglich rein paraphrasenmäßig mit den Revisionsverfahren des im Frühjahr 1951 zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilten ehemaligen Regierungsdirektors im Sicherheitshauptamt, Walter Huppenkoth, der im Prozeß Canaris als Anklagevertreter fungierte, zu befassen. Es ist in diesem Fall ...ent die Aufgabe der Karlsruher Richter in der roten Robe, neue Tatbestände zu ermitteln und Geschehnisse in den letzten dunklen Monaten des Krieges aufzuhellen. Trotzdem ist der Verhandlung vor dem Bundesgerichtshof Bedeutung beizumessen, denn das anscheinend sehr wandelbare Problem des Landesverrats wird zur Diskussion stehen.

Das Münchner Schwurgericht hatte Walter Huppenkoth wegen Gefangenemißhand-

lung und Geständnisverweigerung verurteilt, ihn aber von der Anklage der Mitwirkung an der Tötung von Canaris und den anderen hingerichteten Männern freigesprochen. Huppenkoth hat nach seiner Darstellung bei dem SS-Standgericht, vor das die Gruppe Canaris gestellt worden war, lediglich Anklage erhoben. Die Münchner Richter sahen keinen Gegenbeweis, daß ein derartiges Standgericht nicht stattgefunden habe. Somit wurde von ihnen die in diesem Verfahren gefällten Todesurteile als „rechtlich“ betrachtet.

Sowohl Huppenkoth wie auch der Staatsanwalt haben gegen das Urteil des Schwurgerichts in München Revision eingelegt. Die

DG-BHE-Fraktion gespalten

Schon seit längerer Zeit Gegensätze

Stuttgart (Isw). Die DG-BHE-Fraktion des württemberg-badischen Landtags hat sich gespalten. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten Keil teilten die Abgeordneten Dr. Mocker, Fiedler, Mellinski, Schwarz und Janota mit, daß sie ihren Austritt aus der Fraktion der DG-BHE vollzogen und unter der Bezeichnung BHE eine neue Fraktion gebildet hätten. Vorsitzender der BHE-Fraktion ist Dr. Mocker, sein Stellvertreter Abgeordneter Fiedler. Die DG-BHE-Fraktion unter Führung von Dr. Mattes will jedoch ihre ursprüngliche Bezeichnung weiterführen.

In einer Pressekonferenz nach Schluß der Landessitzung wies Dr. Mocker darauf hin, daß eine weitere Zusammenarbeit mit der Gruppe um Dr. Mattes wegen der unterschiedlichen politischen Auffassungen nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. In einer Erklärung betonte Fiedler, daß innerhalb der DG-BHE schon seit längerer Zeit Gegensätze über Methoden und Ziele aufgetreten seien. Während die Deutsche Gemeinschaft in enger Anlehnung an August Hausleiter eine Politik der „nationalen Opposition“ eingeschlagen habe, sei der BHE bestrebt gewesen, der sozialen Not der Vertriebenen und der übrigen Geschädigten wenigstens durch Teilerfolge zu steuern. Außerordentliche Verärgerung bei den Vertriebenen habe auch ein Artikel Dr. Mattes in der „Selbsthilfe“, dem Organ der Fliegergeschädigten, erregt. Die Differenzen hätten sich nun zu einer Krise verästelt, die ein Eingreifen des Bundesvorstandes der BHE notwendig gemacht habe.

Dr. Mocker deutete in der Pressekonferenz an, daß der Bundesvorstand der BHE auf seiner nächsten Sitzung der DG-BHE das Recht absprechen werde, weiterhin den Zusatz

„BHE“ zu verwenden. Wahrscheinlich werde er darüber auch eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen. Die Organisationen in Württemberg-Hohenzollern und Südbaden stünden auf der Seite der Gruppe BHE. Als Ziel des BHE bezeichnete Dr. Mocker eine sachliche politische Kleinarbeit zur Lösung der wichtigsten sozialen Fragen. Er werde dabei auch mit allen Fraktionen zusammenarbeiten, die im Einzelfalle dasselbe Ziel verfolgten.

Nach Mitteilung Mockers wird sich die DG-BHE in Nordbaden am kommenden Samstag auf einer Tagung ebenfalls mit den bestehenden Differenzen auseinandersetzen.

Dr. Kaufmann antwortet der CDU

Seine bisherige Überzeugung nicht geändert

Mannheim (Isw). Der ehemalige württemberg-badische Finanzminister Dr. Kaufmann bezweifelte in einer Erklärung, daß die CDU legitimiert sei, sein Ausscheiden aus dem Ministerrat der südwestdeutschen Länder zu verlangen, nachdem sie selber erklärte, daß sie ihn gar nicht für den Ministerrat vorgeschlagen habe. Dr. Kaufmann, der vor kurzem von der CDU zur DVP übergewechselt ist und sein CDU-Landtagsmandat niedergelegt hat, erklärte ferner, die CDU habe ihn im Kampf um den Südweststaat immer in die vorderste Linie gestellt. In einem Schreiben vom 23. Januar an den Vorsitzenden der nordwürttembergischen CDU, Simpfendorfer, habe er deutlich dargelegt, was ihn zu seinem Schritt bewegt habe. Er stelle der CDU anheim, dieses Schreiben, das in weiten Kreisen zum Verständnis seiner Haltung beitragen könnte, zu veröffentlichen. Dr. Kaufmann betonte, daß sich an seiner bisherigen Überzeugung nichts geändert habe.



Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

(25. Fortsetzung)

Scharf flog sein Blick zu Viktoria hinüber, die in verkrampfter Haltung auf ihrem Stuhle saß. „Wie kommt der Zeitungsausschnitt hierher, Fräulein Falck?“

„Ich weiß es nicht“, murmelte sie verstört. „Ich kann es nicht sagen, ich ...“ Sie verstummte.

„Sie wollen es nicht sagen, Fräulein Falck! Sie konnten den Weinreisenden Thiele!“ — Ein letzter Versuch Viktorias zur Flucht. „Nein, ich weiß wirklich nicht ...“ Sie senkte die Lider.

„Doch! Sie kannten Thiele. Sie haben sich sogar am Dienstagmorgen im Hotel Spiekermann nach ihm erkundigt. Ich kann Sie Frau Spiekermann gegenüberstellen. Thiele war am Montagmorgen hier. Ihr Vater hat ihn im Treppenhause getroffen.“

Viktoria stand auf. Sie konnte kaum atmen. Sie machte ein paar Schritte auf die Tür zu, als wolle sie fortlaufen. Fort aus diesem Raum, in dem dieser Mann stand, dessen Fragen auf sie einhimmerten. Am liebsten sogar fort aus diesem Leben, das sich plötzlich gegen sie aufbäumte und ihr nur Leiden verursachte. Riedler beobachtete sie. Dieses junge Mädchen hatte gewiß am allerwenigsten Schuld an dem unseligen Ende des Weinreisenden Thiele. Was mochte Thiele von ihr gewollt haben?

„Nehmen Sie doch wieder Platz, Fräulein Falck“, sagte er leise. „Wir müssen die Sache klären. Verschweigen Sie mir nichts! Was wollte Thiele von Ihnen? Wollte er Ihnen die Zeitungsausschnitte verkaufen? Haben Sie ihm dafür tausend Mark geboten?“

Die Apathie fiel ab von Viktoria. Sie schien den toten Punkt der Mutlosigkeit überwunden zu haben. Ihr gesunder Lebenswille begann

sich zu regen. „Thiele war hier“, erwiderte sie mit so veränderter Stimme, daß Riedler meinte, einen ganz anderen Menschen sprechen zu hören als bisher. „Aber er wollte mir weder etwas verkaufen, noch habe ich ihm tausend Mark gegeben.“

„Können Sie mir dann erklären, wie dieser Abschnitt unter den Sessel dort gekommen ist?“

Langsam hob Viktoria den Blick. Fest sah sie den Kriminalrat an. Es war, als suche sie unter der unbeweglichen Maske seines strengen Gesichtes den Menschen zu erkennen. Die grauen Augen Riedlers flößten ihr Vertrauen ein. „Dr. Holten muß den Ausschnitt hier verloren haben.“

Sofort hektete Riedler ein. „Wann und bei welcher Gelegenheit?“

„Es gab einen Zusammenstoß zwischen Dr. Holten und Herrn Breest — hier in diesem Raum; dabei muß es geschehen sein.“

„Einen Zusammenstoß?“ Der Kriminalrat überlegte. „Hatten Sie sich schon öfters mit Herrn Breest getroffen?“

Empört schüttelte sie den Kopf. „Nein! Ich habe mich nur ein einzigesmal mit Herrn Breest getroffen, und das war am Montagabend vor dem Zirkus. Ich schrieb an Herrn Breest einen Brief, weil ich ihn unbedingt sprechen mußte.“

„Und was hatten Sie so wichtiges mit ihm zu besprechen?“

Der Ausdruck ihres Gesichtes wurde wieder verschlossen. Sie zögerte mit der Antwort. „Ich tat es, weil ich meinem Bräutigam helfen wollte.“ Riedler ließ eine lange Pause eintreten. Der letzte Satz Viktorias stellte den ganzen Fall in ein neues Licht.

Thomas Holten war der Käufer der Zeitungsausschnitte! Er hatte dem Thiele die tausend Mark dafür gegeben. Das war verständlich, wenn Holten und Breest eng befreundet waren, und Holten den Freund von dem Erpresser loskaufen wollte. Aber Viktoria Falck hatte eben ausgesagt, daß die beiden Freunde eine Auseinandersetzung hatten.

Noch mehr! Nachdem Thiele hier in diesem Musikalon gewesen war, hatte Viktoria Falck

sich an Breest gewandt, um Dr. Holten zu helfen. Folglich hatte Thiele nicht Breest bedroht — sondern Dr. Holten. Es war Riedler, als schimmere ganz von fern ein Licht, das in allem, was geschehen war, neue Hintergründe aufhellte.

„Sie wollten Ihren Bräutigam schützen?“ fragte er endlich langsam, als müsse er sich durch ein unbekanntes Gebiet hindurchtasten.

„Thiele hat also nicht Herrn Breest — er hat Ihren Bräutigam bedroht. So ist es wohl?“ Viktoria hob hilflos die Hände. „Ich verstand Thieles Drohungen nicht recht. Er sprach von Neapel, und daß Herr Doktor Holten ihm jetzt das Geld geben müsse, wenn er noch länger schweigen solle.“

Plötzlich fühlte Riedler Grund unter seinen Füßen. Wie ein Schwimmer, der lange im Kreise herumgeschwommen ist und unerwartet auf einer Sandbank Halt gewinnt. „Und welchen Rat gab Ihnen Herr Breest? Wie äußerte er sich über die Drohungen Thieles gegen Dr. Holten?“ Sie wandte den Kopf ab.

„Wir haben gar nicht über den Besuch Thieles gesprochen.“ Sie senkte die Lider.

Riedler begriff, weshalb Peter Breest bei seiner Verhaftung geschwiegen hatte.

„Noch eine letzte Frage, Fräulein Falck! Hatte Herr Breest bei Ihrer Unterredung seinen Reistock bei sich?“

„Seinen Reistock?“ brachte sie mühsam hervor. „Nein — bestimmt nicht.“

Dankend neigte der Kriminalrat den Kopf. „Ihre Auskünfte waren mir sehr wichtig, Fräulein Falck.“ Er nahm seinen Hut und machte an der Tür noch eine höfliche Verbeugung. Fräulein Falck erschien nicht in der Diele, um den Gast hinauszubegleiten.

XVI

Lautes glitt der Füllfederhalter des Protokollführers über den Bogen Papier. Von unten herauf drang der Lärm der abendlichen Straße. Der Artist Orlando stand vor dem Schreibtisch des Kriminalrats. Er trug einen dunklen, weit geschnittenen Anzug, der ihn noch größer erscheinen ließ. Zum erstenmal bemerkte Riedler die ergauten Schläfen. Er steckte sich

eine Zigarette an und fuhr mit der Vernehmung fort. „Machen Sie die Fahrt nach Neapel nur zum Vergnügen?“

„Nein. Die Ausgrabungen von Pompeji interessierten mich.“

„Und Herr Holten?“

„Thomas Holten hatte eine Reise nach Afrika vor. Er traf sich dort mit seinem Vater, um die geschäftlichen Beziehungen der Firma Holten kennenzulernen. Er fuhr von Neapel mit dem Dampfer nach Oran.“

„Verließ er die Stadt vor ihrer Verhaftung?“

„Ja. Er hat mir erzählt, daß er von meiner Verhaftung erst erfuhr, als er wieder in Deutschland war.“

Riedler gab dem Beamten einen Wink, er solle das Protokoll abschließen. „Bitte, unterschreiben Sie, Herr Breest.“

Nach der Unterzeichnung verließ der Protokollführer das Zimmer 96. Riedler lehnte sich zurück. „Was würden Sie sagen, wenn ich Sie entlassen würde, Herr Breest?“

„Ich würde das für eine Selbstverständlichkeit halten. Ich habe mit dem Mord nichts zu tun.“

„Weshalb haben Sie dann die Tatsache verschwiegen, die Ihre Festnahme verhindert hätte? Nämlich, daß Sie während der fraglichen Zeit mit Fräulein Viktoria Falck zusammen waren.“

Peter zuckte zusammen. „Wer hat — — woher wissen Sie das?“

„Ihr Freund Thomas Holten hat eine freiwillige Aussage gemacht. Er will beschwören, daß er Sie mit einer Dame gesehen hat. Heute nachmittag hat Fräulein Falck diese Aussage bestätigt. Ich komme eben von ihr.“

Als habe er nicht recht gehört, beugte sich Peter über den Schreibtisch. Er gab sich nicht die geringste Mühe, sein maßloses Erstaunen zu verbergen. „Thomas Holten — wirklich Thomas Holten?“ Jäh wandte er sich ab und bedeckte seine Augen mit der Hand. Daß Thomas für ihn ausgesagt hatte, erschütterte ihn.

(Fortsetzung folgt)

AUS UNSERER HEIMAT

Schreckens-Chroniken aus dem Kraichgau

Die „Flehinger Nachrichten“ und die „Hilsbacher Affäre“

Der Flehinger Schulmeister Samuel Friedrich Sauter ist als der „liebliche Sänger des Kraichgaus“ bekannt geworden, und die Gedichte und Lieder dieses sinnigen und innigen Dorfpöeten sind auch heute noch in den Dörfern und Städten des Kraichgaus lebendig. Aber auch um die Erforschung und Darstellung der Heimatgeschichte hat sich der Bauerndichter ein Verdienst erworben. Er seugt für die bescheidene Zurückhaltung dieses Dorfschulmeisters, daß er ob seiner Gedichte und Gesänge gar kein Aufhebens machte, daß aber seine Aufzeichnungen aus dem Kraichgau schwersten Tagen erst nach seinem Tode durch einen glücklichen Zufall ans Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden.

Der Chronist des Kraichgaus, L. Feigenbutz, einer der eifrigsten Heimatkundler des vergangenen Jahrhunderts, schilderte im Vorwort zu seiner geschichtlichen Abhandlung „Der Kraichgau und seine Orte“, die Entdeckung der „Flehinger Nachrichten“. Gelegentlich einer Unterhaltung — es war im Jahre 1875 — erwähnte der evangelische Meßner Friedrich Lieb ein Manuskript, in das er Feigenbutz Einblick gewährte, der die Wichtigkeit und Einmaligkeit dieser Aufzeichnungen sofort erkannte. Dieses Manuskript bestand aus aneinandergehefteten Blättern und umfaßte insgesamt 222 Seiten. Wie Samuel Friedrich Sauter in dieser Handschrift selbst vermerkte, hatte er die Blätter in einem Haufen Spreu gefunden und den größten Teil der Handschrift unter großer Mühe restauriert und rekonstruiert.

Der erste Teil dieser „Flehinger Nachrichten“ enthält ein erschütterndes Dokument der unmenschlichen Not und Drangsale, wie sie die Bevölkerung des Kraichgaus — der Orte Flehingen, Gochsheim und Derdingen insbesondere — zu erdulden hatte. Bereits zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, im Jahre 1622, war Flehingen von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht worden, der 170 Gebäude zum Opfer fielen, während nur zwei Häuser hell blieben.

In den Jahren 1634 bis 1637 war Pfarrer Kalb Ortsgemeindeführer zu Flehingen. Seine Einträge in das Kirchenbuch sind über die Jahrhunderte hinweg eine erschütternde Epistel von der Unmenschlichkeit der damaligen Kriegführung. Ihm selbst, dem Pfarrer Kalben, wurden in einem Jahr seine zwei Mägdelein und seine Ehefrau Elisabetha, die Tochter eines Haller Bürgers und Salzsieders durch die Pest hinweggerafft. „In einem Jahre — vom 5. November 1634 bis 20. Oktober 1635 — sind bei 200 Menschen groß und klein aus der Flehinger Gemeinde teils in Flehingen, die meisten aber auf der Flucht in Gochsheim gestorben und begraben worden. Viele sind Hungers und Kummers verschmacht. Viele starben an der Pest, einige wurden von Soldaten jämmerlich ermordet. Auch im Jahre

1666 waren viele Opfer an der Pest zu beklagen, so daß Flehingen im Handel und Wandel versperret worden bis 1667 auf Pfingsten, da man weder nach Derdingen, Gochsheim noch anderen Orten mehr gehen durfte.“ Besonders wertvoll sind in Sauters Aufzeichnungen die Einwohnerlisten aus den Jahren vor der Beendigung des Dreißigjährigen Krieges und den Jahren nach dem Friedensschluß. Von den 91 Familien, die vor 1648 in Flehingen ansässig waren, raffte der Krieg mindestens 70 gänzlich hinweg. In der Zeit von 1648 bis 1686 hat sich die Bevölkerung durch Einwanderer wieder auf 80 Familien gehoben.

Dem rührigen Heimatforscher Feigenbutz gelang es, die Angaben seines Landmannes und Berufskollegen Samuel Friedrich Sauter durch die Chronik eines anderen Kraichgauortes zu ergänzen. In Hilsbach entdeckte

Feigenbutz eine handschriftliche Überlieferung über die „Hilsbacher Affäre“. Hilsbach, inmitten des Kraichgaus gelegen, war zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges der Schauplatz einer erschütternden Tragödie. Ein Hilsbacher Bürger, vermutlich Jakob Volz, verzeichnete „di: Einwohner, die im Städtlein Hilsbach am Donnerstag nach Lätare, den 22. März 1622, bei Erstürmung desselben durch des bayrischen Obrist Schmid Regiment jämmerlich ermordet und niedergehauen wurden und wer davon gekommen“. 165 Personen wurden zusammengehauen, eine erschreckende Statistik, wenn man bedenkt, daß in dem Städtchen nur 60 Einwohner das Leben erhielten. Diese Hilsbacher Affäre fällt in die Zeit vor dem Treffen bei Wiesloch und Wimpfen, also in das Jahr 1622, als die Scharen Tillys in die Pfalz und in den Kraichgau einfielen. geha.

Als der Bürgermeister noch das Amt des Richters hatte

Auch früher gab es schon eine Gemeindeordnung — Ein Rückblick um 350 Jahre

Die Bürgermeister haben meist kein einfaches Amt, in manchen Gemeinden sogar ein recht schwieriges. Aber das war schon immer so und nicht erst in unseren Zeiten. In Jahren der Not häufen sich die Schwierigkeiten zu Bergen, und auch sonst haben die Gemeindeväter ihre Sorgen, denn jeder Hirte findet in seiner Herde einige schwarze Schafe.

Die Aufgaben und Befugnisse eines Bürgermeisters haben sich allerdings im Lauf der Jahrhunderte in mancherlei Beziehungen gewandelt. Als Zeugnis hierfür möge eine Gemeindeordnung aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts dienen, die für unsere Heimat nahezu Alltagsgegenstand war, wenn gleich sich da und dort gewisse Unterschiede fanden, die aus willkürlichen Bestimmungen der Grundherrschaft herrührten. Vor 350 Jahren gehör-

ten nämlich die meisten Dörfer und Städtchen, die keine Reichsunmittelbarkeit erlangt hatten, zum Machtbereich einer adeligen oder kirchlichen Herrschaft.

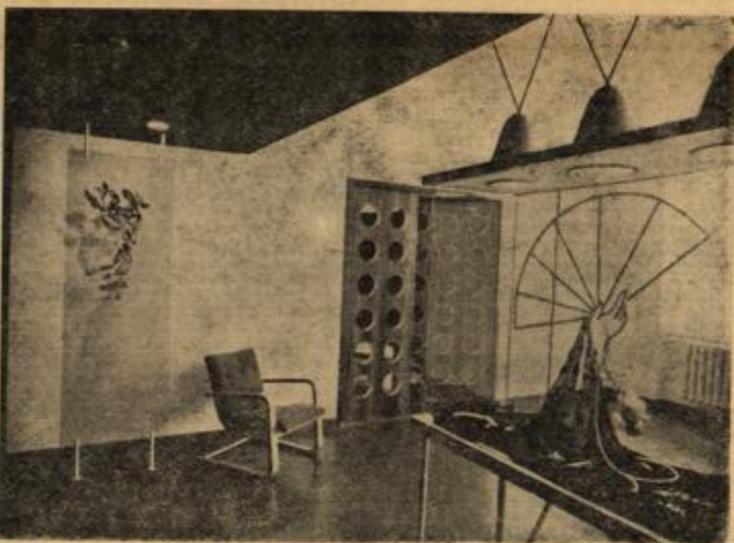
Diese pflegte in ihren Gemeinden einen Schultheißen einzusetzen, der natürlich in erster Linie die Rechte des Herrn wahrzunehmen hatte. Wer sich an dessen Hab und Gut, an Privilegien und Verordnungen verging, unterlag der Gewalt des Schultheißen. Um seine Autorität zu erhöhen, war dieser in der Gemeinde zugleich der Stabhalter, das heißt, mit einem Stab als Zeichen seiner Macht in der Hand leitete er das Gericht, worunter man etwa den heutigen Gemeinderat zu verstehen hat. Sein Wort galt deshalb gleich einem Befehl, denn er handelte und sprach ja im Namen der Herrschaft.

Pforzheim schuf ein modernes Industriehaus

Praktischer Dienst am Kunden — Reges Leben in der Goldstadt

Fachleute des Städtebaues und der Architektur, Praktiker der Schmuck- und Uhrenindustrie, die neulich Pforzheim besuchten, brachten unvorhergesehen ihr Erstaunen zum Ausdruck über die rasche Entwicklung und

Leopoldplatz. Als Wahrzeichen eines aufstrebenden Unternehmertums ist es aus der Stadtmitte herausgewachsen. Hier wurde Pforzheims größte Sehenswürdigkeit eröffnet die „Ständige Musterausstellung“ von



Ein Raum der „Ständigen“ im Industriehaus in Pforzheim

(Foto: Augenstein)

das hohe künstlerische Niveau im Ausbau der Goldstadt. Noch vor Schluß des Jahres 1951 wurden Bauwerke fertiggestellt, die im neuen Stadtbild einen ersten Rang einnehmen im Dienst am Gast. Allen voran steht das „Industriehaus“ mit seinem Turm am

Schmuck, Uhren und edlem Gerät. Früher schon war die „Ständige“ weltbekannt als vorbildliches Gemeinschaftswerk der gesamten Edelmetallerzeugung Deutschlands. Sie hat ihren alten Ruf jetzt noch übertraffen durch überragende künstlerische Innengestaltung nach Entwurf von Professor Haupt, Karlsruhe und ist jetzt auch der Allgemeinheit zugänglich. Gegen früher wurde die Sonderabteilung der Uhrenindustrie erheblich erweitert, die die modernsten und größten Bauwerke im Stadtbereich und auf der Höhe aus dem Boden zauberte.

Dem „Turmhaus“ der Industrie, das auch das „Roxy“-Kino beherbergt, gegenüber wurde zu Neujahr das Lichtspieltheater „Universum“ mit 1000 Sitzplätzen eröffnet, unter dem eine Großgarage demnächst fertig wird. Dieses festlich stimmende Meisterstück der Innenarchitektur von Architekt Dobler (Stuttgart und Pforzheim) macht in gleich hohem Grade der Kunststadt Ehre wie die Räume der „Ständigen“. Dobler hat zur gleichen Zeit der Leopoldstraße ein neues Gesicht gegeben mit der eindrucksvoll aufragenden Front von vier repräsentativen Läden mit Büros in den darüber liegenden sechs Stockwerken. Einen ähnlich hohen Rang nehmen neu oder schon früher wieder ausgebauten Hotels ein und eine ganze Reihe Gaststätten mit alter Familientradition, die in ihrer heimelig-einladenden Atmosphäre kultivierter Gastlichkeit wie vor dem Kriege Leib und Seele erquickten. Während der „Pforzheimer Woche“ im Sommer, zu der die Vorbereitungen begonnen haben, wird die Goldstadt, die „Pforte zum Schwarzwald“, zeigen, welche Höhe ihre Leistungskraft wieder erreicht hat. (PND)

Riemenschneider wird kopiert

Die merkwürdige Rettung des Zwölf-Boten-Altars

Im Jahre 1950 konnte im Heidelberger Kurpfälzischen Museum der jahrhundertlang verschollene Zwölfboten-Altar aus Windsheim (Mainfranken), ein Meisterwerk Tilman Riemenschneiders, wieder entdeckt werden. Die Stadtgemeinde Windsheim hat nun den Bildhauer Robert Stieler beauftragt, eine Kopie dieses einst für die Windsheimer Pfarrkirche St. Kilian geschaffene Werk herzustellen.

Dieser prachtvolle Altar hat eine bewegte Geschichte. Als die Stadt Windsheim im Jahre 1730 von einer schweren Feuersbrunst fast völlig zerstört wurde, konnte der Altar noch rechtzeitig gerettet werden. Man brachte ihn nach Würzburg, wo ihn 1840 der Gründer der Heidelberger Kunsthistorischen Sammlung, Graf von Grainberg, erwarb, ohne zu wissen, welch ein wertvolles Kunstwerk er damit seinem Museum einverleibte. Heute bildet der Altar das Glanzstück des Heidelberger Kurpfälzischen Museums. Riemenschneider hat das Kunstwerk im Jahre 1509 im Auftrag einer reichen Witwe für die Windsheimer Pfarrkirche geschaffen.

Im Schwarzwald geboren — in Cannes gestorben

Zum 70. Todestag von Berthold Auerbach

Vor 70 Jahren, am 8. Februar 1882 starb in Cannes, in Südfrankreich, der deutsche Dichter Berthold Auerbach, der durch seine volkstümlichen Erzählungen, insbesondere durch die 1843 erschienenen „Schwarzwälder Bauerngeschichten“ und das 1856 veröffentlichte „Barfüßlein“ bekannt geworden ist.

Am 28. Februar 1812 wurde der Dichter als Sohn einer unbemittelten jüdischen Familie in dem kleinen Schwarzwaldort Nordstetten geboren. Die Schule besuchte er zunächst in Hechingen und später in Karlsruhe. Im Frühjahr 1830 ging er nach Stuttgart, wo er das Abitur machte in Tübingen, Heidelberg und München studierte er zunächst Rechtswissenschaft, später dann Philosophie. Besonderen Einfluß hatte der Philosoph Schelling auf ihn, dessen Schüler er war. Als Folge des „Hambacher Festes“ und der aufkommenden burschenschaftlichen Unruhen wurde er zu zwei Monaten Festung verurteilt. Diese Strafe mußte er auf dem damals für „Revolutionäre“ bestimmten Hohenasperg abtun. Nach verschiedenen Reisen und Studien ließ er sich zunächst in Karlsruhe nieder.

Auerbach war überaus produktiv. Seine besondere Stärke waren seine Schwarzwälder

Geschichten, durch die er zu einer europäischen Berühmtheit seiner Zeit wurde. Er wurde lange Zeit als erster und bedeutendster Vertreter der Gestalter von Dorfgeschichten neben Immermann angesehen. Von einfachen Genrebildern steigt der Dichter darin zu tragischen Erzählungen empor. Zu den beliebtesten gehören „Der Lauterbacher“, „Die Frau Professorin“, „Ivo der Hajkle“ und der „Lehnhold“. Seine theoretischen Grundsätze in volkstümlicher Schriftstellerei entwickelte Auerbach in „Schrift und Volk“. Größten Beifall erntete Auerbach mit seinen neuen Dorfgeschichten „Barfüßlein“, „Joseph im Schnee“ und „Edelweiß“. Für die Zeitgeschichte sind insbesondere seine Abhandlungen „Das Judentum und die neueste Literatur“ (1836) und „Spinoza“ (1837) sehr interessant. In dem auch in der Gegenwart noch oft gelesenen Roman „Auf der Höhe“ benutzte Auerbach zum ersten Male den Ausdruck „Salon-Tiroler“, der sich seither im deutschen Sprachgebrauch für einen bestimmten Typ von Menschen eingebürgert hat.

Auf einer Reise, die ihn nach Südfrankreich führte, starb am 8. Februar 1882 Berthold Auerbach in Cannes.

Römischer Soldatenfriedhof entdeckt

Bei Ausschachtungsarbeiten für ein Jugendheim stießen in Heidelberg-Neuenheim Arbeiter auf ein fränkisches Brandgräberfeld aus der Zeit, als Heidelberg römische Garnison war. Bis jetzt konnten 24 Gräber freigelegt werden. Aus den Beigaben, die in den Gräbern gefunden wurden, wird geschlossen, daß es sich um den Friedhof der römischen Garnison in Heidelberg handelt, nach dessen Lage bisher umsonst geforscht worden war. Man fand Öllampen, Felle, Tassen, Salztöpfchen und Münzen, die in das Kurpfälzische Museum in Heidelberg verbracht wurden. Die Gräber dürften wahrscheinlich aus der Zeit um das Jahr 200 n. Chr. stammen. Dieser beachtlich reichhaltige Fund von Neuenheim vervollständigt die große Sammlung des Heidelberger Kurpfälzischen Museums, denn gerade das Neckar- und Rheintal waren in den letzten Jahrzehnten Fundgruben antiker Gegenstände.

„Ad Trium Regum“, also am Dreikönigstag, wählten die Gemeinderäte aus ihrer Mitte zwei Bürgermeister mit einjähriger Amtsdauer, die dem meist auf Lebenszeit bestellten Schultheißen die eigentliche Verwaltungsarbeit abnahmen. Der eine von ihnen war der „Rechner“, der in seinen Büchern die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde verzeichnete. Die vom Schultheißen verhängten Bußen wurden von ihm einkassiert, ebenso natürlich die Steuern. Da er also die Gemeindegelder zu verwalten hatte, zahlte er auch die Löhne an jene Personen aus, die nicht nur Frondienste zu leisten hatten, sondern ein Entgelt beanspruchten durften, wie etwa der Hirte, der Feuer- und Torwächter, der Polizist, der den heute zum Schimpfwort degradierten Titel eines Büttels trug.

Für die Frondienste war der zweite Bürgermeister zuständig, der deshalb auch meist „Fronvogt“ hieß. Er war nicht nur eine Art Polizeichef, der für Ordnung und Sicherheit zu sorgen hatte, sondern er leitete vor allem jene Arbeiten, zu denen die unfreien Bürger für die Grundherrschaft verpflichtet waren.

Ogleich die beiden Bürgermeister vom Gericht, das heißt vom Gemeinderat bestimmt wurden, hatte die Grundherrschaft doch die Möglichkeit, auf die Wahl ihr genehmer Personen Einfluß zu nehmen, denn diese bedurften der Bestätigung. Auf diese Weise hatte der weltliche oder geistige Patron auch das Gericht weitgehend in der Hand, denn dessen Vorsitzender war ja der von ihm eingesetzte Schultheiß und auch die beiden Bürgermeister, die neben ihm im Gericht saßen, hüteten sich nicht weniger, sich die Ungnade ihres Herrn zuzuziehen. Vor allem aber wurde der Gemeinderat selbst nicht von der Bürgerschaft frei gewählt; wenn eines seiner Mitglieder ausschied, dann bestimmten die übrigen seinen Nachfolger, der ebenfalls wie die Bürgermeister vom Grundherrn bestätigt oder abgelehnt werden konnte.

Dem Kreis der Gemeinderäte wurden auch die sonstigen Amtspersonen entnommen, die zu damaliger Zeit üblich waren und es zum Teil auch heute noch sind. Zu ihnen gehörte beispielsweise der Gemeindegeldschreiber, wozu man aus naheliegenden Gründen meist den Lehrer bestimmte. Er führte sowohl die Korrespondenz der Gemeinde wie die Protokolle des Gerichts. Ferner gab es den Armenvogt, da und dort auch Waisenvogt genannt, der sich um die Alten, Kranken und Waisen zu kümmern hatte. Den Büttel haben wir bereits erwähnt. Sein Genosse war der Nachwächter. Schließlich mußte der Gemeinderat alljährlich auch noch den Hirten, den Totengräber, die Wald- und Feldschützen bestellen. Der Torwächter war in der Regel gleichzeitig auch Wiegemeister, der Händler, Bauern, Bäcker, Metzger und sonstige Leute prüfte, ob sie keine falschen Gewichte benutzten. Eines der wichtigsten Ämter aber war das des „Schieders“, der den Grund und Boden zu vermessen, abzustecken und bei Grenzstreitigkeiten als Schiedsrichter zu fungieren hatte.

Kurz nach Neujahr trat der Gemeinderat mit allen seinen Funktionären gewöhnlich zu einer Hauptversammlung zusammen. Auf ihr hatten die einzelnen Amtspersonen, einschließlich der beiden Bürgermeister Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Wurde diese gebilligt, erfolgte meist durch formelle Neuwahl die Bestätigung im Amt. Während des Jahres fanden dann je nach Bedarf Sitzungen statt, um Gemeindeangelegenheiten zu besprechen und Gericht zu halten in jenen Fällen, die sich der Grundherr, der ja damals zugleich auch Gerichtsherr war, nicht ausdrücklich vorbehalten hatte. Vorwiegend ging es dabei also nur um sogenannte Bagatellesachen wie Trunkenheit, Feld- und Walddiebstahl, um Gotteslästerung, Beleidigungen oder Prügeleien. Das Strafregister reichte von Geldbußen über Freiheitsentzug bis zu Pranger und körperlichen Züchtigungen, wobei man die Übeltäter in die Halsgeige steckte, ihre Füße in den Holzblock spannte oder sie mit Ruten peitschte.

Soweit reichen Befugnis und Machtfülle unserer Bürgermeister und Gemeinderäte freilich nicht mehr. Aber diese Rückschau in eine schon 350 Jahre zurückliegende Zeit zeigt jedoch, wie all diese heute selbstverständliche Institutionen des Gemeindelebens sind, daß manche Funktionen und Ämter sich zwar gewandelt, das heißt modernisiert haben, ihre Einrichtung jedoch schon eine jahrhundertlange Tradition aufweist. Sr.